

2.2 Marx in der Theorie des Kommunismus

„It was precisely because the conditions that Marx thought necessary for a successful proletarian revolution did exist in Germany that there was no desire to make it; and it was also because they did not exist in Russia that Lenin was able to seize Power in the name of Marx and the proletariat.“ (Plamenatz 1954, 187)

Dieses Kapitel widmet sich der Überformung der Marx'schen Theorie in einem zweiten Hauptstrom ihrer Wirkungsgeschichte, des Kommunismus, und hier speziell des Leninismus – zumindest soweit er für die deutschsprachige Marxrezeption relevant wurde. Es gab ursprünglich keinen sachhaltigen Unterschied der Bezeichnung „Kommunismus“ gegenüber dem „Sozialismus“, auch wenn dies im Marxismus-Leninismus als ein Stadiengesetz gehandelt wurde.¹ Marx und Engels sind nicht die Erfinder des Kommunismus gegenüber älteren Strömungen, die sich „sozialistisch“ nannten. Sie sagten sich in den 1850er Jahren aufgrund verschiedener Differenzen vom kommunistischen „Bund der Gerechten“ los und stellten ihre eigenen Bemühungen 1864 in den Dienst der gemäßigteren „Internationalen Arbeiter-Assoziation“.² Eingebürgert hat sich der Sprachgebrauch, diejenigen Parteien oder Staaten als kommunistisch zu bezeichnen, die – radikaler als die Sozialdemokraten – nicht nur Verbesserungen für die arbeitenden Klassen zu erreichen, sondern einen politischen Umsturz und die Sozialisierung der Produktionsmittel tatsächlich umzusetzen trachten.

Beinahe seit es eine sozialdemokratisch organisierte Arbeitervorstellung gab, hatte es „linksabweichlerische“ Tendenzen gegeben, beginnend mit dem Ausscheren Bakunins aus der Internationale und den „jungen Wilden“ in den 1890er Jahren, über die USPD um 1918 bis hin zu den Jungsozialisten, die in den 1970er

1 Leonhard 1962, 244 ff.; Becher 1976, 824 ff., nach Lenin, Werke (fortan LW) 29, 409. Modifiziert hält Ruben 1990 an dieser Unterscheidung fest: Sozialismus sei eine Gesellschaftsform, Kommunismus eine Staatsform. Marx und Engels behandelten die beiden Worte zunächst äquivok (MEW 3, 441), übernahmen aber dann agitatorisch den Namen „Kommunisten“ als Unterklasse der Sozialisten, von deren Masse sie sich künftig abgrenzten (MEW 4, 482 ff.): „Die Kommunisten sind keine besondere Partei gegenüber den andern Arbeiterparteien. [...] Die Kommunisten unterscheiden sich von den übrigen proletarischen Parteien [den Sozialisten, CH] nur dadurch, dass sie [...] stets das Interesse der Gesamtbewegung vertreten. Die Kommunisten sind also praktisch der entschiedenste, immer weiterreibende Teil der Arbeiterparteien aller Länder [...] Der nächste Zweck der Kommunisten ist derselbe wie der aller übrigen proletarischen Parteien: Bildung des Proletariats zur Klasse, Sturz der Bourgeoisieherrschaft, Eroberung der politischen Macht durch das Proletariat“ (MEW 4, 474). Das Organ der Bolschewiki hieß „Sozialdemokrat“.

2 MEW 17, 440 ff.; MEW 21, 206 ff.; MEW 22, 245 ff., historisch Rosenberg 1937, Wheen 1999. Anti-totalitaristische Schriften (Arendt 1958, Seidel 1968a, Nolte 1986, Maier 1996, Söllner 1997, Courtois 1998, Jesse 1999, Backes 2002) legen den Kommunismus selten hinter Marx zurück, obschon der Gedanke einer „Gemeinwirtschaft“ schon Aristoteles oder Thomas von Aquin selbstverständlich war – zu sehr scheint er Marx und Engels anzuhafoten. Zum Frühsozialismus Ramm 1955, Vester 1970, Höppner 1975, Jonas 1976 I, 175-243; Opitz 1988, 541-792; Euchner 1991.

Jahren die „Stamokaptheorie“ vertraten, und der PDS. Sie bildeten sich als weiter links stehende Konkurrenz zu den etablierten Sozialisten.³ Es waren Differenzen der politischen Taktik innerhalb einer in ihren *Zielen* zumindest rhetorisch übereinstimmenden europäischen Arbeiterbewegung, die die verschiedenen Namen verursachte.⁴ Selbst in der Revisionismusdebatte herrschte Einvernehmen über das „Endziel“, nämlich die politische Übernahme der Macht durch die Partei der Arbeiterklasse und die Überwindung des Kapitalismus, mit der Aussicht auf Abschaffung der Klassenunterschiede. Lediglich der Weg dorthin war strittig. Keiner der streitenden Flügel, auch nicht Rosa Luxemburg, die schärfste Gegnerin Bernsteins, dachte an die Bildung einer eigenen Partei *neben* der Sozialdemokratie. Erst Lenin (1902) bediente sich der Bedeutungsnuance, indem er aus den russischen Sozialisten die „Bolschewiki“ heraußlöste. Fünfzehn Jahre später resultierte aus der erfolgreichen Revolution dieser Partei eine Spaltung der Arbeiterparteien nicht nur Russlands, sondern ganz Europas: der reformistischen Sozialdemokratie stand ein kommunistischer Flügel gegenüber, der Sowjetrussland offen verteidigte (Scharrer 1983). Die Folgen waren gravierend. Zeichnen wir die theoretischen Auswirkungen dieser Konstellation in Stichpunkten nach.

2.2.1 Die Rolle der Gewalt

„Die Gewalt ist der Geburtshelfer jeder alten Gesellschaft, die mit einer neuen schwanger geht.“ (MEW 23, 779)

„Die Frage, bei der diese Scheidung vom Vulgärmarxismus am klarsten zum Ausdruck kommt, ist die der Gewalt.“ (Lukács 1923, 246)

Da ist zunächst die veränderte Haltung zur Rolle der Gewalt, worunter hier einfach die Anwendung physischen Zwangs verstanden sei. Marx hatte den Gipfel der Gewaltanwendung, den *Krieg*, keineswegs verherrlicht, sondern offen verurteilt.⁵ Allerdings hatte er realpolitisch anerkannt, dass der Krieg ein Mittel der politischen Auseinandersetzung *ist*, welches von den Mächten seiner Zeit gegen fortschrittliche politische Regungen im In- und Ausland eingesetzt wurde.⁶

3 „Kommunismus bezeichnet [...] den kompromisslosen und nach prinzipiellen Lösungen suchenden Flügel der sozialen Bewegung, gekennzeichnet vom unbedingten Streben nach politischer Hegemonie, nach umfassender Umwälzung der Eigentumsverhältnisse [...] Die Definition als radikaler Teil der sozialen Bewegung beschreibt zugleich eine weitere Existenzbedingung als [...] potentiell militanter Rivale der Sozialdemokratie“. Er blieb „auf den reformerischen Gegenspieler fixiert“ (W. Müller 2002, 327; Bock 1971, 1976, H. Weber 1973, H. Müller 1975; Steigerwald 1977a).

4 Lenin 1902, 1905, 1920; Lukács in 1975, 43 ff.; Stalin 1924, 51 ff.; Leonhard 1962, 51 ff.; Lieber 1963 I, 61 ff.

5 MEW 16, 13; 17, 7, 278; 20, 161; Leonhard 1962, 88 ff., 116, 121; Balibar 2001.

6 Als Zeitschriftenkommentator hat Marx über europäische und koloniale Kriege berichtet, welche er mit Engels brieflich auswertete (MEW 22, 252 ff.). Von der Kommune, die die Macht in Paris bereits hatte, forderte Marx 1871 vergeblich, mit Militärgewalt das nach Versailles geflüchtete Regime abzusetzen, statt sich über pro-

Seit 1789, und verstärkt seit Metternichs Zeiten, gab es militärische Allianzen der Reaktion, die in die sozialistische Strategie mit einzubeziehen waren. Besonders das deutsche Reich, mit dem es die Sozialisten in Deutschland und Frankreich zu tun hatten, war eine waffenklirrend durchmilitarisierte Autokratie (Engels, MEW 20, 171; MEW 21, 405 ff). Den für die Formierung des Kommunismus zentralen ersten Weltkrieg schließlich hatten nicht Marxisten angezettelt, sondern die europäischen Herrscherhäuser (cf. W. Bauer 1941). Die bloße Berücksichtigung der Gewaltverhältnisse in der Politik war also nicht neu – die Brutalität der katastrophalen Politik des 20. Jahrhunderts ist keineswegs den „Illusionen“ von Marx entsprungen (cf. Furet 1996, s.u., Fn. 44).

Die deutsche Sozialdemokratie hatte zwar den Weg zur Macht (Kautsky 1908) angestrebt, aber es fehlte ihr im entscheidenden Moment an Willen dazu. Mit einer veränderten Haltung zur Gewalt hatte es allerdings wenig zu tun, wenn die Sozialdemokraten 1914 für die Kriegskredite stimmten – schließlich war dies der Auftakt des gewaltigsten Blutopfers, das es bis dato gegeben hatte. Verändert gegenüber Marx hatte sich vielmehr die Haltung zu der Frage, wer über diese entscheiden soll (*quis iudicat*):⁷ für die Mehrheitssozialisten war der Krieg eine Art unvorhergesehenes Naturereignis, auf welches nur zu reagieren war, und das alle eigenen Pläne auf die lange Bank schob. Die Marx'sche Optik, hinter solchen „Natur“-Ereignissen gesellschaftliche Kräfte zu sehen und sich dadurch die Zügel zu *eigenem* Handeln nicht aus der Hand nehmen zu lassen, war hier vergessen, auch wenn sie in der Internationale kodifiziert war. Die wenigen sozialistischen Kriegsgegner waren zunächst recht hilflos.⁸ Wer nicht der politischen Repression ausgesetzt sein wollte wie Luxemburg, musste fliehen. Viele Kriegsgegner gingen in die Schweiz, so auch Lenin.

grammatische Details zu streiten. Dies hätte ihre Macht sichern können (A. Rosenberg 1937, Raddatz 1975; vgl. Lassalle über 1848, in: 1987, 143). Internationale militärische Allianzen hatte es gegen verschiedenste Aufstände, Reformations- und Bauernerhebungen gegeben, zuletzt gesamteuropäisch 1848. Die meist unkriegerischen emanzipatorischen Bewegungen unterlagen oft militärisch (so die Montanisten, Donatisten, Joachimiten, Katharer, Waldenser, Lollarden, Taboriten und Täufer; Farner 1969, 284). Die marxistische Billigung politischer Gewalt faszinierte viele Intellektuelle (zu Carl Schmitt Fn. 36, vgl. Benjamin GS II.1, 179 ff.; Bohrer 1978; Joas 1989, 2000a; Sofsky 2002).

7 „Souverän ist, wer über den Ausnahmezustand entscheidet“, sagte Carl Schmitt (1922, 9) in genialer Versimpelung.

8 Der Pazifismus der II. Internationale war, obzwar moralisch ehrenwert, politisch verheerend: der Krieg kam auch ohne die Internationale. War er aber einmal da, hatte diese keine Rezepte mehr und musste sich auflösen. Sie war in dieser entscheidenden Situation nicht mehr handlungsfähig. Dies geschah, obwohl der kommende Krieg schon seit den 1890er Jahren vorausgesehen wurde, nicht nur von Engels. Wie H. Arendt (1969, vgl. Max Weber 1920b, 28 über Macht und Herrschaft) unterschied schon Marx Macht und Gewalt. Den Ausschlag gibt der Grad an soziologischer Aufgeklärtheit und politischer Autonomie: „Die soziale Macht [...] erscheint diesen Individuen [...] nicht als ihre eigne, vereinte Macht, sondern als eine fremde, außer ihnen stehende Gewalt, von der sie nicht wissen woher und wohin“ (MEW 3, 34).

Die Bolschewiki, denen die Emigration seit 1905 vertraut war, vertraten nun ein gegenüber der Sozialdemokratie neues Verhältnis zur Gewalt. Lenin kam dabei die Meinungsführerschaft zu, obwohl er damals mit keinerlei diktatorischen Befugnissen ausgestattet war. Sie versuchten sich durch die Forderung nach einem sofortigen Friedensschluss an die Spitze der kriegsmüden Massen zu setzen. Doch sie sahen den Frieden als ein Pfund an, mit dem zu wuchern sei, um politische Ziele durchzusetzen. Sie wollten sich das Heft zu eigenem Handeln auf keinen Fall nehmen lassen (Lenin 1915, Trotzki 1918). Das war der eigentliche Unterschied zu den Sozialdemokraten, die den „richtigen“ Zeitpunkt für eine Machtübernahme und politische Maßnahmen immer weiter hinauszögerten. In dieser formalen Hinsicht waren die Bolschewiki Marx (und auch Kant) näher als mancher, der sich auf ihn berief.⁹ Sie wollten jetzt vor allem *selbst handeln*.

Darum wurden nicht nur die „Sozialchauvinisten“, also Sozialdemokraten, die auf die nationalistische Linie eingeschwungen waren, von ihnen politisch bekämpft, sondern auch „Sozialpazifisten“ wie Kautsky, die einen Friedensschluss mit den alten Mächten zu schließen bereit waren. Diese gaben aus bolschewistischer Sicht eine einmalige Chance zu eigener politischer Gestaltung aus den Händen. Tatsächlich entledigten sie sich damit der Handlungsfähigkeit, gleichgültig, was mit dieser dann getan werden sollte: Die Pazifisten sahen den Frieden als Selbstzweck an und hatten kaum weitere Forderungen, jedenfalls keine politischen (der pathetische Ästhetizismus der „Oh Mensch“-Expressionismen war politisch kaum von Belang). Im Unterschied zu den deutschen Sozialdemokraten gelang es den Bolschewiki, die Macht nicht nur zu erringen, sondern auch zu halten.¹⁰ Als nunmehr politisch Verantwortliche in einem noch immer kriegsführenden Land mussten sie sich dieser Aufgabe stellen, ob sie wollten oder nicht: sie wurden bald von neuem angegriffen, diesmal nicht von Deutschland, sondern von den Westmächten sowie im Inneren von den Resten der alten Macht. Die Organisation einer „roten Armee“ unter Trotzki und die militärische Behauptung in den Folgejahren gehört zu den meistbeachteten Leistungen der russischen Revolution. Die bellizistische Tendenz der Bolschewiki, die man dem entnehmen könnte, ist noch kein Abfall vom älteren Marxismus (hatte doch Engels 1848 aktiv gekämpft). Es gibt allerdings Neuerungen bezüglich der Gewalt, die aus Marx *nicht* abzuleiten waren. Diese betreffen weniger inhaltliche als vielmehr organisatorische und politische Fragen.

9 So Renner 1918. Rathenau soll zu Radek gesagt haben: „„Lesen Sie meine Bücher [...] Marx schuf nur die Theorie der Zerstörung. In meinen Büchern finden Sie die Theorie des konstruktiven Sozialismus [cf. Meyer 1977, CH]. Es ist der erste wissenschaftliche Schritt, der nach Marx getan wurde“ (Goldbach 1973, 45). Die Bücher sind aber eher lebensphilosophische Traktate gegen die Mechanisierung des Geistes (Rathenau 1913, cf. 2.5.2).

10 Die Sozialdemokraten, die sich aufgrund ihrer Gespaltenheit gegenseitig zerfleischten (das Zentrum unter Ebert und Noske ging dafür ein Bündnis mit den alten Mächten ein), musste die Regierungsgewalt nach kurzer Zeit wieder abgeben. Die von ihnen eingeleiteten Schritte zur Sozialisierung sind allesamt versickert.

Politisch verhängnisvoll an der Taktik der Kommunisten war nicht, dass sie selbst Gewalt einzusetzen bereit waren – anders als die Sozialdemokraten, die die Gewalt von unten geißelten, während sie die von oben bejahten; aber vergleichbar jeder anderen Staatsform, auch der wehrhaften Demokratie, die sich selbst ein Recht zur Selbstverteidigung einräumt –, sondern dass es eine Minderheit war, die die Gewalt im Namen der Mehrheit ausübte, und dass sie diese so unüberlegt und kontraproduktiv einsetzte.¹¹ Anders als etwa für Sorel (1908) war Gewalt für Lenin kein Selbstzweck – er setzte sich nach der Machtergreifung 1917 für den sofortigen Friedensschluss ein und handelte aufgrund der für ihn katastrophalen Kräfteverhältnisse einen verlustreichen Friedensschluss mit den Deutschen aus. Nach innen ging er vielfache Bündnisse und Kompromisse ein, etwa mit den Bauern und nationalen Unabhängigkeitsbewegungen; sogar ehemalige Menschewiki und Gegner wie Trotzki waren bei der Mitarbeit willkommen. Nach außen jedoch war es das erklärte Ziel der sich im Innern nur langsam etablierenden Führung, sich feste Bastionen dadurch zu verschaffen, dass man die Revolution „exportierte“ und in die durch den Krieg ohnehin erschütterten Staaten trug – mit besonderer Berücksichtigung Deutschlands, nicht nur als des Mutterlands der marxistischen Sozialdemokratie, sondern auch als des ökonomisch und militärisch trotz verlorenen Krieges immer noch wichtigsten Nachbarstaates.

Nach Marx konnte sich eine glückende sozialistische Revolution nur in einem hochentwickelten Land abspielen, um nicht wieder nur den Mangel zu verallgemeinern, und nur auf internationaler Stufenleiter, um sich politisch und wirtschaftlich längerfristig halten zu können (MEW 3, 34 f.). Bei Lenin, der den Sozialismus in Russland für möglich hielt, blieb immerhin die letztere Bedingung erhalten: Der „proletarische Internationalismus“ galt Lenin auch im Falle einer sozialen Revolution als unverzichtbar.¹² Gerade *weil* die russische Revolution

11 Die aussichtslosen Putschversuche in Deutschland führten zu einer Ablehnung der Kommunisten seitens der Sozialdemokratie. Verhängnisvoll war die Konzentration des kommunistischen Kampfes auf den sozialdemokratischen statt auf den nationalsozialistischen Gegner (die Linie des „Sozialfaschismus“ seit 1928). Stalins Zwangskollektivierung von 1929 (ein Genozid, der verheerende Hungersnöte zur Folge hatte) oder sein Terror unter den eigenen Genossen in den 1930er Jahren waren, abgesehen von dem Erhalt und Ausbau seiner persönlichen Macht, politisch sinnlos. Die Totalitarismustheorie (Fn. 2) verüberallgemeinert dies, indem sie es dekontextualisiert. Die prinzipielle Ablehnung des Kommunismus allein aufgrund der Gewaltfrage übergeht, dass die Gewalt auch ein Mittel der untergehenden Monarchien war. Diese hatten die Kriege angestrengt und mit Brutalität betrieben, auch nach innen. Aus dieser Gewaltverherrlichung blieben die Freikorps, die an politischer Programmatik außer Gewalt nichts zu bieten hatten. Sie, weniger perverierte sozialistische Ideen, waren der Bodensatz faschistischer Bewegungen. Bei solchen Gegnern wäre ein Gewaltverzicht politischer Selbstmord gewesen (auch die Sozialdemokratie stellte eine Kampfgruppe auf). Wenn die Totalitarismustheorie dies damaligen Kommunisten heute vorwirft, stehen dahinter auch politische Werturteile. Das ändert nichts daran, dass es unter Stalin, Mao etc. ungeheure Massaker gegeben hat.

12 Vgl. MEW 3, 34 f.; MEW 4, 479; MEW 7, 273; MEW 13, 9; MEW 18, 273, 556. Lenin hielt eine sozialistische Revolution in Russland für möglich (Lenin 1905, vgl.

sich in einem industriell wenig entwickelten Land abspielte – hier wlich Lenin bewusst von Marx und Engels ab –, war sie um so eher auf Unterstützung von außen angewiesen. Allerdings hatte Lenin das Vertrauen in die europäischen Sozialisten verloren: schon zur Zeit des Weltkrieges, als die sozialistische II. Internationale durch das Eintreten der einzelnen Parteien für ihr jeweiliges Vaterland praktisch keine Bedeutung mehr hatte, wollte er eine *dritte* internationale Organisation auf die Beine stellen, die sich von den alten Sozialisten löste (Lenin 1915). Solange er keinen eigenen Staat hinter sich hatte, spielte weder er in den Vorläufern dieser Internationale, die sich aus Kriegsgegnern zusammensetzte (1915 Zimmerwald, 1916 Kienthal), noch diese Internationale innerhalb der politischen Landschaft eine größere Rolle. Erst als die bolschewistische Revolution neue Maßstäbe setzte, gewann die kommunistische Alternative an Attraktivität (Radek 1919, K. Neumann 1971).

So wurde 1919, als der bolschewistische Flügel der sozialistischen Partei in Russland sich in KPR umbenannt hatte, die „KomIntern“ gegründet.¹³ Bezeichnenderweise waren gerade die sozialdemokratischen Parteien, deren alte Führer wie Bernstein und Kautsky über die Kriegszeit als Kriegsgegner in die innerparteiliche Opposition oder in die USPD gegangen waren, an einer Mitarbeit in der neuen Internationale interessiert. Lenin aber, der um 1905 über eine solche Entwicklung sicher froh gewesen wäre, hatte mittlerweile andere Ziele: Mit den bürgerlich-demokratischen Parteien, die in den Augen Lenins bereits 1914 versagt hatten, und die weiterhin wenig revolutionäre Neigungen zeigten, konnte die KomIntern wenig anfangen (LW 27, 333). Sie wurden mithilfe nachträglich beigebrachter zusätzlicher Aufnahmeverbedingungen aus der KomIntern ausgegrenzt (LW 21, 172-189), um eine international geschlossen handlungsfähige, im Bedarfsfall auch militant agierende Organisation zu schaffen.¹⁴

Leonhard 1962, 105-120), betonte aber die Unmöglichkeit des Sozialismus in einem Lande (LW 12, 355; LW 25, 90; LW 28, 294; vgl. H. Weber 1970, 140 f.).

13 Lenin hatte dies in den „Aprilthesen“ gefordert und auf dem Parteitag von 1919 umgesetzt (vgl. Bucharin 1919, Protokoll 1921, Gruber 1967). Nach A. Rosenberg 1933, 68 und Schneider 1992, 93 geschah dies unter bewusstem Rückgriff auf den „Urmarxismus“ von 1848, aus der Zeit des „kommunistischen Manifests“.

14 Zu Lenins Entwicklung vgl. Weber 1970; Hofmann 1979, 197 ff.; Arndt 1980; Reisberg 1980; Kolakowski 1981 II, 397 ff.; Vranicki 1981 I, 407 ff.; Bergmann 1994, Wolkogonow 1994, Service 2000, Zizek 2002. Zur KomIntern vgl. A. Rosenberg 1933, Borkenau 1952, Flechtheim 1967 und das Minderheitenvotum von Eberlein bei Gruber 1967, 87-89. Es gab auch Versuche, betrieben vor allem von Rathenau und Radek sowie den Nationalbolschewiken (Schüddkopf 1960, Fritzsche 1976), eine wirtschaftliche Zusammenarbeit zwischen der revolutionären Sowjetunion und der SPD-regierten Republik zu initiieren, ging es doch in beiden Fällen um das wirtschaftliche und politische Überleben. Radek war aufgrund seines Aufenthaltes in Deutschland 1918/1919 klar, dass an eine Revolution nicht zu denken war (die deutschen Kommunisten verfügten kaum über Strukturen), und war daher zu Konzessionen bereit. Er empfahl den deutschen Kommunisten, in langfristigeren Dimensionen zu denken, und riet ihnen zur Aufbauarbeit anstelle von voreiligem Putschismus – vergeblich (cf. Levi 1921, Goldbach 1973, Heym 1995). Wäre eine solche Koopera-

Die KomIntern rief in Deutschland zeitweilig offen zur Revolution auf. Das voraussehbare Scheitern dieser Putschversuche trug wesentlich zur Marginalisierung der Kommunisten in der deutschen Politik bei: Nicht nur hatten sie sinnlos Blut vergossen, sondern sie hatten sich auch allzu offensichtlich zu ausführenden Organen *russischer* Interessen gemacht.¹⁵ Sogar die Potenzierung der Gewalt, die mit der Herrschaft Stalins einsetzte, wurde in den kommunistischen Parteien oft distanzlos hingenommen (cf. 2.2.2). Die weitere Entwicklung des internationalen Kommunismus hatte eng mit innerrussischen Entwicklungen zu tun. Aus den Diadochenkämpfen um die Nachfolge Lenins ging nach einigen Kämpfen Stalin als Sieger hervor. Er hatte die verschiedenen Fraktionen so lange gegeneinander ausgespielt, bis er Alleinherrscher geworden war und dazu überging, potentielle wie ehemalige Gegner physisch auszuschalten.

Um eine gerade Linie von Marx zu Stalin ziehen zu können, wird die Gewaltfrage in der Literatur gern prinzipialisiert. Der Unterschied zwischen Lenin und Stalin besteht allerdings nicht in der theoretischen Frage, *ob* Gewalt anzuwenden sei oder nicht, sondern in der Art und Weise, *wie* sie politisch angewandt wird.¹⁶ Lenin wie Stalin verwandten das politische Mittel der Gewalt, nach innen wie nach außen. Lenin ging gewaltsam gegen äußere Invasoren und einheimische militärische Gegner vor, verstand es aber immerhin auch, seine innerparteilichen Gegner offen, durch Argumente oder gelingende Aktionen, von der eigenen Linie zu überzeugen. Stalin dagegen schaltete auch seine innerparteilichen Gegner von Anbeginn durch Intrigen im Machtapparat aus. Da er aber im Gegensatz zu Lenin politisch *kaum* Erfolge zu verzeichnen hatte, baute sich eine grausame Gewaltspirale auf, die im Laufe der Zeit ganze Völker vernichtete.

tion ohne deutsche Revolution möglich gewesen? Nicht, solange man mit dem kaiserlichen Deutschland noch im Krieg lag, aber mit einer sozialdemokratisch regierten Republik, die von den westlichen Siegermächten drangsaliert wurde, wäre es zumindest denkbar gewesen. Gründe, warum es nicht dazu kam, gibt es viele: neben ideologischen Vorbehalten der alten Eliten waren es wohl Invektiven der Siegermächte (Volkskommissar Haase lehnte angebotene Brotlieferungen mit dem Hinweis darauf ab, dass solche schon von Wilson angekommen wären, Goldbach 1973, 18; Heym 1995, 216 f.). Auch die katastrophale Politik der deutschen kommunistischen Parteien verunmöglichte dies. Erst der Hitler-Stalin-Pakt nutzte diese Möglichkeit, nun allerdings pervertiert (vgl. Leonhard 1955, Haffner 1967, Koenen 1998a).

15 Der KI-Exekutivkommissar Karl Radek, der 1938 den „Säuberungen“ zum Opfer fiel, riet 1919 wie 1923 von einem Putschversuch dringend ab. Dass es dennoch zu blutigen Opfern kam, ist auch den deutschen „Genossen“ zuzurechnen. Zur KPD in Weimar vgl. Flechtheim 1948, H. Weber 1969, Mallmann 1996, W. Müller 2002.

16 Bezuglich der Gewaltfrage verhalten sich Lenin und Stalin darum zueinander wie der juristische Tatbestand der groben Fahrlässigkeit gegenüber dem vorsätzlichen vielfachen Mord. Man kann hinsichtlich der Gewaltanwendung eine abstrakte Linie ziehen von Marx über Lenin zu Stalin: alle rechneten mit der Gewalt als Mittel politischer Auseinandersetzung. Doch diese Gemeinsamkeit ist so vage, dass sie nahezu nichts erklärt. Darüber hinaus wären in diese Linie alle Staaten und politische Gruppen einzurichten, die Kriege zu führen und gefährliche Gegner zu bekämpfen bereit sind – das sind so gut wie alle. Es geht darum, Marx von Stalin abzulösen.

Fassen wir das bislang Gewonnene zusammen: im Gegensatz zu Marx, der die Arbeiterschaft auf politische Autonomie einschwor, hatte die Sozialdemokratie das Heft des Handelns aus der Hand gegeben. Um es wieder in die Hand zu bekommen, hatten die Bolschewiken die Haltung zur Gewalt revidiert und schufen Strukturen zu konzertierten, auch gewaltsamen politischen Aktionen, die unter Stalin schließlich grausam ausarteten. In dieser Karriere des Gewaltkonzeptes gibt es allerdings prinzipielle Unterschiede, die es näher zu betrachten gibt. Da ist zum einen die Frage des *Subjektes* der Gewalt: wer soll sie der Theorie nach ausüben, und wer übt sie tatsächlich aus? Zu diesem Zweck sind die leninistischen Vorstellungen der Partei (2.2.2) und der Diktatur (2.2.3) zu betrachten. Zum anderen ist zu fragen, welchem Zweck sie jeweils dient, was also aus dieser Sicht zur Ausübung der Gewalt *berechtigt* – dies führt zur Beleuchtung des Funktionswandels der dahinterstehenden Theorie (2.2.4).

2.2.2 Die Organisation der Partei

„Die Partei, die Partei, die hat immer recht“ (Ernst Busch)

Eine entscheidende Neuerung Lenins gegenüber der alten Sozialdemokratie war die *Organisationsfrage*: Seine Vorstellung von der Partei, die nach innen streng diszipliniert und nach außen abgeschlossen sein sollte, aber dennoch die Interessen des Proletariats zu vertreten berufen sei, führte schon 1902 zur Spaltung der erst entstandenen russischen Sozialdemokratie. Der Ex-Komsomolze Wolfgang Leonhard hat im kalten Krieg darauf hingewiesen, dass die leninistische Lehre von der Partei „in schroffem Gegensatz zu den Auffassungen von Marx und Engels“ stehe.¹⁷ Vor allem die Stellung zur Partei markiert also den Bolschewismus.¹⁸ Was genau ist hier neu? Die alte Sozialdemokratie hatte zwei Wurzeln: die Bestrebungen der arbeitenden Klassen, ihre Lage durch Zusammenschluss zu verbessern, und die Errungenschaften des bürgerlichen Liberalismus, die im deutschen Kaiserreich immerhin zur Schaffung eines Parlamentes geführt hatten, welches die Arbeiterpartei, wie auch immer politisch benachteiligt, als politische Bühne nutzen konnte. Die erste Internationale formulierte daher im Jahre 1872:

17 „Die wirkliche Bedeutung der ‚Lehre von der marxistisch-leninistischen Partei‘ liegt darin, den halbmilitärischen Charakter der moskauhörigen Kommunistischen Parteien [...] ideologisch zu begründen. [...] Marx und Engels haben die Partei niemals als Vortrupp, Avantgarde oder Elite angesehen, die die Arbeiterklasse ‚führen‘ soll. Sie haben niemals eine straffe, sondern im Gegenteil eine lose Organisation befürwortet. Sie haben sich gegen den Autoritätsglauben gewandt und waren weit entfernt von einem ‚demokratischen Zentralismus‘“ (1962, 47; vgl. MEW 4, 474; MEW 17, 442; MEW 21, 16, 215; MEW 27, 190; MEW 34, 308, 441; MEW 38, 35 f.).

18 Inhaltlich übernahm Lenin auch Maßnahmen von seinen politischen Gegnern, etwa die Landverteilung an die Bauern von den Narodniken, den „Volkstümern“; die NÖP, die „neue ökonomische Politik“, von der Marktwirtschaft; und das Recht auf nationale Selbstbestimmung von der ‚bürgerlichen‘ Theorie.

„In seinem Kampf gegen die kollektive Macht der besitzenden Klassen kann das Proletariat nur dann als Klasse handeln, wenn es sich selbst als besondere politische Partei im Gegensatz zu allen anderen, von den besitzenden Klassen gebildeten Parteien konstituiert. [...] Die durch den ökonomischen Kampf bereits erreichte Vereinigung der Kräfte der Arbeiterklasse muss in den Händen dieser Klasse auch als Hebel in ihrem Kampf gegen die politische Macht ihrer Ausbeuter dienen“ (MEW 17, 442; cf. MEW 19, 238).

Die Partei soll also ein Organ der ganzen Klasse sein, die sich der demokratischen Mittel bedient, um ihrem „großen Endzweck“ zu erreichen: die „ökonomische Emancipation der Arbeiterklasse“ (440). Dies machen insbesondere die Termini „sich selbst“ und „in den Händen dieser Klasse“ deutlich. Die durchaus Kantische Autonomie, die nochmals damit hervorgehoben wird, „dass die Emancipation der Arbeiterklasse durch die Arbeiterklasse selbst erobert werden muss“ (440), wird hier strengstens bewahrt, zumindest in der Programmatik. Lenin dagegen traute der Arbeiterklasse genau das *nicht* zu, selbst nicht theoretisch – sie kann sich bei ihm nicht selbst vertreten:

„Die Geschichte aller Länder zeugt davon, dass die Arbeiter ein sozialdemokratisches [das meint hier: revolutionäres, CH] Bewusstsein gar nicht haben können. Dieses konnte ihnen nur von außen gebracht werden. [...] Die Lehre des Sozialismus hingegen ist aus den philosophischen, historischen und ökonomischen Theorien hervorgegangen, die von den gebildeten Vertretern der besitzenden Klassen, der Intelligenz, ausgearbeitet wurden. Auch die Begründer des modernen wissenschaftlichen Sozialismus, Marx und Engels, gehörten ihrer sozialen Stellung nach der bürgerlichen Intelligenz an“ (Lenin 1902, in: Werke 5, 389; cf. Milner 1999, 15 ff.).

Den Übergang von Bürgerlichen ins Lager der Arbeiter deuteten Marx und Engels nicht als Entmündigung derselben, sondern als deren Stärkung (MEW 4, 472). Lenin aber schließt hieraus, dass eine revolutionäre Partei *keine* Arbeiterpartei im Sinne einer demokratischen Massenpartei sein könne, sondern eine kleine, konspirativ arbeitende, elitäre und berufsrevolutionäre Kaderpartei zu sein habe (LW 5, 482). In dieser Externalisierung der Erkenntnis der „wahren“ Interessen des Proletariats liegt schon der Keim der Bevormundung, der dann unter Stalin so prächtig aufgehen sollte.¹⁹ Unter Stalin ging die Machtfülle der Partei schließlich an den bürokratischen Apparat über, an Geheimpolizei, Tscheka, NKWD und vor allem an ihn selbst. Sie nahm ungeheure Ausmaße an.²⁰ Der *Grundgedanke*, mit dem all das bemäntelt wurde, stammt aus Lenins politischer Metaphysik, nur dass hier nicht mehr eine Elite ausgewählter und speziell ausgebildeter Kader das Proletariat „verkörpert“, sondern nur noch ihr weiser Führer:

19 Das spekulative Konzept des „zugerechneten Klassenbewusstsein“ bei Lukács 1923 ist ein Keim dessen, was Plessner 1928 abstrakt „exzentrische Positionalität“ nannte.

20 Die Parteitage und Sitzungen des ZK wurden immer seltener (Leonhard 1962, 48). Selbst die Herrschaft über den Apparat schien unsicher zu sein, so dass mehrere „Blautausche“ vorgenommen wurde – anfangs „nur“ durch Ausschluss alter Mitglieder, später durch Ermordung ganzer Belegschaften (Koenen 1998, 225, 231).

„Die Partei schloss sich unter dem Leninschen Banner um ihr Leninsches Zentralkomitee, um den Genossen Stalin zusammen“ (ZK 1945, 348, zu 1924). „Indem die bolschewistische Partei ihre Reihen reinigte und festigte, einen Vernichtungsfeldzug gegen die Feinde der Partei führte und die Verzerrung der Parteilinie schonungslos bekämpfte, schloss sie sich noch enger um ihr Zentralkomitee zusammen“ (a.O., 410, zu 1935).

Wer in groben historischen Maßstäben misst, wird hier an Polybios' Kreislauf von Herrschaftsformen erinnert. Marx' demokratisches Konzept, in dem die Mehrheit der Bevölkerung stellende Arbeiterklasse über ihr eigenes Schicksal bestimmt, wird bei Lenin zur aristokratischen Bevollmächtigung durch die „Avantgarde“, und mündet bei Stalin in eine monolithische Diktatur. Diese Umkehr der Marx'schen Emanzipation der Arbeiterklasse spiegelt sich theoretisch in der Verkehrung von Basis und Überbau beim späten Stalin.²¹

Nachdem die KPD Luxemburg und Liebknecht verloren hatte, wurden Selbstdenker wie Levi, Bandler, Thalheimer und Korsch bald isoliert, und moskauhörende Kader wie Ruth Fischer, Maslow und später Ernst Thälmann, den allein seine Stalinhörigkeit auszeichnete, wurden der KPD vorgesetzt. So konnte sie weder die Selbstbestimmung einüben, noch den eigenen politischen und ökonomischen Verhältnissen gerecht werden (Weber 1969a, Winkler 1984/85). Besonders verderblich war es, dass die Moskauer Führung keine einheitliche Linie für die Komintern fand. Die von Lenin 1919 ins Leben gerufene und von Stalin 1943 stillgelegte kommunistische Internationale handelte nicht im Interesse der gesamteuropäischen Bewegung und ihrer Vertreter, sondern im Interesse Sowjetrusslands. Doch paradoxe Weise stand sie oft im Gegensatz zur sowjetischen Außenpolitik. Sie wurde zum Instrument innerrussischer Auseinandersetzungen und stiftete in den gleichgeschalteten kommunistischen Parteien Europas Verwirrung. Sie verfolgte einen regelrechten Zickzackkurs und ließ sich stets ein Hintertürchen offen.²² Da die kommunistischen Parteien zunehmend abhängiger von Moskau

21 Der politische Überbau des Kommunismus sollte die Reste des alten Überbaus vertilgen (Stalin 1950, 24 f.). Das antike Kreislaufmodell des Polybios erklärt zwar wenig, ist aber ein denkanregendes Schlaglicht. Russland müsste demnach seit 1991 wieder „demokratisch“ sein. *Im Prinzip* ist es das auch (cf. Leonhard 1997).

22 Die Komintern bezeichnete 1919 „die aktive Verteidigung Sowjet-Russlands durch die proletarischen Massen aller Länder“ als „Pflicht, die zu erfüllen ist ohne Rücksicht auf die Opfer, die der Kampf erfordert wird. Jeder neuentstehende proletarische Staat wird den kapitalistischen Staaten gegenüber sich leichter durchsetzen können, wenn Sowjet-Russland unbesiegt aus dem Kampfe hervorgehen, die erste Bresche in das kapitalistische Staaten-System geschlagen haben wird“ (Die Kommunistische Internationale 4/5, 1919, 13; nach Goldbach 1973, 56, cf. Gruber 1967 und Leonhard 1981). Die Komintern konstituierte sich im März 1919, als die revolutionären Wellen in Europa gerade abebbten. Dennoch gab der 2. Weltkongress von 1920 das Motto „Weltrevolution“ aus. Die überstürzten Aufstände von 1921, die von der Komintern zuerst gefordert, aber wie die von 1919 bald zerschlagen worden waren, wurden von dem 3. Kongress abgekanceled und eine neue, nachrevolutionäre Epoche wurde eingeläutet. „Geändert hatte sich [...] vom II. zum III. Weltkongress weder die Weltlage im

wurden, waren sie dem Spiel der innerrussischen Kräfte auf Gedeih und Verderb ausgesetzt. Das irre Wechselspiel von Offensivstrategie und wechselnden Bündnissen mit Sozialdemokraten und Faschisten, vom „Sozialfaschismus“ zur „Einheitsfront“, machte die KPD vollends unglaubwürdig.²³ Die zur Stärkung der Bewegung in der russischen Kampfzeit erdachte Homogenisierung und Disziplinierung der Partei wirkte sich bei der Beibehaltung dieses Konzeptes *nach* der Revolution und seiner Oktroyierung auf europäische Parteien gegenteilig aus.

Bei einer Bewegung, die auf Selbstverwaltung zielte, wurde so die Kreativität der Mitglieder und damit die langfristige politische Kompetenz der Partei systematisch untergraben. Auch die politischen Ziele wurden ein ums andere Mal verfehlt. Weder konnten Kommunisten bei den Wahlen wirkliche Erfolge erzielen,²⁴ noch kam es zu echten Bündnissen. Das Einzige, was einer solchen Partei noch blieb, war der Versuch einer *gewaltsam* erwirkten Einparteiherrschaft. Gewalt wurde so vom Notanker zur Hauptachse des Kommunismus.

2.2.3 Die Diktatur des Proletariats

„Das Programm unserer Partei ist das Programm der Diktatur des Proletariats.“ (Bucharin 1919)

Unter Stalin, der sich selbst als „Führer“ im Übergang von der „Wiederherstellungsperiode“ zur Periode der Industrialisierung“ und damit als Verwirklicher des Sozialismus sah, starb der Staat nicht wie erwartet ab – im Gegenteil, je länger Stalin an der Macht war, desto mehr blähte sich der Staatsapparat auf. Militär, Sicherheitsdienst, Polizei und Bürokratie wuchsen. Stalin war ein unproduktiver Denker und reproduzierte meist nur, was schon andere vor ihm gesagt hatten. So war auch die „Diktatur des Proletariats“ schon für Lenin (1918) zentral. Der von Stalin nach dem Tode Lenins zum dogmatischen Lehrinhalt stilisierte

ganzen noch die Situation in Europa. Geändert hatte sich Sowjetrussland“ (A. Rosenberg 1933, 194).

23 Man vergegenwärtige sich die Kurswechsel der Weimarer KPD: 1919 Revolte, 1920 Ausschluss der Linken (etwa die Hälfte der Partei), 1921 Putsch, 1922 Einheitsfront, 1923 „deutscher Oktober“, 1924 Stalinisierung der Partei (wobei 60 % der Mitglieder austreten), 1925 Rechtsschwenk (gegen den „Luxemburgismus“), 1927 Linksruck, 1928 ultralinke „Sozialfaschismuslinie“ und Wiedereinsetzung des abgewählten Thälmanns durch Stalin. Erst 1935 wurde die Order zur „Volksfront“ gegeben, 1938 kam dann der Hitler-Stalinpakt (nach Müller 2002). Borkenau karikiert das so: „Ein kommunistischer Redner [...] mochte etwa sagen, dass die Sozialdemokraten, Verräter an der proletarischen Sache und Verbündete der Bourgeoisie, außerstande seien, auch nur die elementarsten Tagesinteressen des Arbeiterschaft zu vertreten; darum [...] laden wir die [...] Sozialdemokratie ein, mit uns gemeinsam einen ehrlichen Kampf für eine stärkere Progression der Einkommenssteuer [...] zu führen“ (1952, 46). Zum Bündnis der KPD mit den Faschisten vgl. Flechtheim 1969, 178; Nolte 1968, 151; Wippermann 1986.

24 Dabei hätten sie solche durchaus erzielen können; die Stimmung unter der Bevölkerung war kommunistischen Strömungen gegenüber nicht immer abgeneigt, besonders wenig in Zeiten der Krise (etwa 1919, 1929, 1945).

„Leninismus“ ist unübersehbar um den Glaubenssatz der „Diktatur des Proletariats“ zentriert.²⁵ Doch was bei Lenin vage Benennung eines erhofften Durchgangsstadiums war, wurde nun zu einer nicht enden wollenden Herrschaftsform.

Marx und Engels, ja selbst der Schriftsteller Lenin hatten es anders vorgesehen.²⁶ Dennoch berief sich diese Gewalttherrschaft auf sie. Wie kam es dazu? Marx und Engels starteten ihre politische Laufbahn als Demokraten – die *Neue Rheinische Zeitung* beispielsweise trug den Untertitel *Organ der Demokratie*. Da die Masse des Volkes aus Lohnabhängigen²⁷ bestand, betrachteten sie die Worte „Demokratie“ und „Sozialismus“ als gleichbedeutend (A. Rosenberg 1937, 55ff, cf. Femia 1993). Zu radikaleren Sozialisten wurden sie erst durch die Einsicht, dass der „politischen Emanzipation“ im Kapitalismus enge Grenzen gesetzt waren – zumal das Bürgertum nicht gewillt war, sich für die „Demokratie“ sonderlich stark zu machen, wie heute oft überspielt wird. Wenn das Proletariat, welches schon 1848 an Stelle des Bürgertums für die Republik kämpfte und vorerst noch in der Minderheit war,²⁸ einmal zur Macht gelangen könnte, wäre es für eine „Übergangsperiode“ (MEW 19, 28) gezwungen, diese Macht zunächst „diktatorisch“ zu befestigen, um so die geplanten Maßnahmen gegen das trotz demographischer Unterlegenheit möglicherweise politisch und ökonomisch noch mächtige Kapital und andere herrschende Klassen durchsetzen zu können.²⁹

25 Stalin dekretierte: „der Leninismus ist die Theorie und Taktik der proletarischen Revolution im allgemeinen, die Theorie und Taktik der Diktatur des Proletariats im besonderen“ (Stalin 1924, 6, vgl. 27-35). „Ist die These Lenins, dass die Diktatur des Proletariats der ‚Wesensinhalt der proletarischen Revolution‘ ist [LW 28, 230], richtig? Gewiss ist sie richtig. Ist die These, dass der Leninismus die Theorie und Taktik der proletarischen Revolution ist, richtig? Ich glaube ja. Was folgt aber daraus? Daraus folgt, dass die Hauptfrage des Leninismus, sein Ausgangspunkt, sein Fundament die Frage der Diktatur des Proletariats ist“ (Stalin 1926, 79, vgl. 81-88). 1937 galt der Aufbau des Sozialismus als „verwirklicht“, „die Verfassung des Sieges des Sozialismus“ nannte das Land eine „Arbeiter- und Bauerndemokratie“ (ZK 1945, 431). Zur ‚Theorie‘ Stalins und ihrer ‚Rezeption‘ Hedeler 1994, 33-74; A. Schaefer 1997.

26 Siehe Engels: „solange das Proletariat den Staat noch gebraucht, gebraucht es ihn nicht im Interesse der Freiheit, sondern der Niederhaltung seiner Gegner, und sobald von Freiheit die Rede sein kann, hört der Staat als solcher auf zu bestehen“ (MEW 19, 7). So noch Lenin 1917. Besonders in seinen letzten Schriften von 1922/23 gab Lenin zu, dass der Weg von der Revolution bis zum Sozialismus sehr lang sei (Schneider 1992, 175). Die Bemerkung von Benjamin passt auch auf die Diktatur des Proletariats: „Die Tradition der Unterdrückten belehrt uns darüber, dass der ‚Ausnahmezustand‘, in dem wir leben, die Regel ist“ (GS 1.2, 695).

27 Diese Kategorie umfasst auch Handwerksgesellen, Bedienstete in Landwirtschaft und Handel etc. (Losurdo 1993).

28 Es war im agrarischen Deutschland minoritär (cf. MEW 16, 74; MEW 19, 27).

29 Vgl. MEW 4, 372, 474, 481; MEW 5, 194, 402; MEW 7, 81, 531; MEW 14, 389, 433; MEW 17, 230, 339, 625; MEW 18, 266-68, 529; MEW 19, 28; MEW 22, 235; MEW 28, 508. Man kann im Scheitern der Weimarer Republik eine Bestätigung der Befürchtungen von Marx und Engels sehen: zwar war das Kaisertum gestürzt, aber Justiz, Beamtenapparat, Armee und Kapital hatten nach wie vor großen Einfluss. Die demokratischen, kompromissorientierten Maßnahmen der sozialdemokratischen Re-

Marx sah in die Pariser Kommune von 1871 nachträglich „die endlich entdeckte politische Form“ hinein, „unter der die ökonomische Befreiung der Arbeit sich vollziehen konnte“ (MEW 17, 342). Die Bestimmungen, die er ihr gab, waren zugleich als Forderungen an eine mögliche künftige „Diktatur des Proletariats“ zu verstehen. Ihr Sinn war wie folgt:

- „a) An der Spalte der neuen Gesellschaft steht eine durch allgemeines Stimmrecht gewählte Körperschaft, die [...] gesetzgebende und vollziehende Funktionen ausübt.
- b) Die unterdrückende Macht einer zentralisierten Regierung, Armee und Bürokratie werden überwunden.
- c) Die politische Polizei wird ihrer politischen Funktionen entkleidet.
- d) Die Abgeordneten der gewählten Körperschaft und die Beamten aller Verwaltungszweige erhalten eine Bezahlung, die nicht über den Arbeitslohn hinausgeht.
- e) Die Abgeordneten sind jederzeit absetzbar, und zwar durch Widerruf derjenigen, die sie gewählt hatten. Das Ziel der Diktatur des Proletariats sollte, laut Marx und Engels, darin bestehen, die Staatsorgane aus Herren der Gesellschaft in Diener der Gesellschaft zu verwandeln; es sollte verhindert werden, dass nach einer sozialistischen Revolution eine neue Bürokratie oder eine neue Schicht entsteht“ (Leonhard 1962, 162).

Mit diesen Bestimmungen sollte die neue Regierungsform zwischen der Scylla einer gewaltsausübung Gegenrevolution und der Charybdis einer neuen Bürokratiherrschaft hindurchlaviert werden. Marx' Gedanken über die „Diktatur des Proletariats“ sind daher keineswegs als Keimzelle des Totalitarismus anzusehen (so Löw 2002): sie waren gerade *gegen* die mögliche reaktionäre Gegenrevolution gerichtet, wie sie dann im Nationalsozialismus durchbrach, und gegen die perverierte Bürokratenherrschaft, die dann den Stalinismus ausmachte. Schon der Ausdruck war ironisch gegen Blanquis putschistische „Diktatur der Wenigen“ gemünzt (MEW 18, 529; Schneider 1992, 25). Marx und Engels sahen durchaus die Möglichkeit, die Macht auf demokratischem Wege zu gewinnen, bildete doch der Kampf um das Wahlrecht und die Volksgesetzgebung einen Grundpfeiler des Sozialismus.³⁰ Der Unterschied zwischen den Sozialisten und den Liberalen (2.1.2) bestand darin, dass sie die Demokratie nicht an eine bestimmte, nämlich

gierungen kamen dagegen kaum an und wurden 1933 wieder ausgehebelt (Gay 1987). Marx stellte nach den Erfahrungen von 1848 die unangenehme Frage: worauf stützt sich eigentlich die Demokratie? Stützt sie sich *nicht* auf das Bürgertum, ist sie chancenlos. Stützt sie sich aber auf dieses, ist der Kapitalismus nicht demokratisch zu überwinden. Die damalige französische Republik hatte für ihn daher Züge einer „Diktatur der Bourgeoisie“ (MEW 7, 40, 33, 89; MEW 5, 157; Schmitt 1921, 201).

30 Die sozialistische Revolution müsse „eine demokratische Staatsverfassung und damit direkt oder indirekt die politische Herrschaft des Proletariats herstellen“ meinte Engels 1847 (MEW 4, 372); 1891 glaubte er, „die alte Gesellschaft könne friedlich in die neue hineinwachsen“ (MEW 22, 234, cf. 523; MEW 18, 160; MEW 34, 498 f.). Die kurze Blüte des „Eukommunismus“ versuchte, diesem Konzept zu folgen. Der Schwenk von Mitterand 1983 zu einer liberaleren Politik angesichts der Undurchführbarkeit rigoroser Maßnahmen ohne tiefgreifendere Veränderung der Besitzverhältnisse (und ohne Gewalt) war sein Endpunkt.

die bestehende Wirtschaftsverfassung gebunden sahen. Doch eine „Diktatur des Proletariats“ ist nur innerhalb einer demokratischen Grundordnung sinnvoll:³¹

„Wenn etwas feststeht, so ist es dies, dass unsre Partei und die Arbeiterklasse nur zur Herrschaft kommen kann unter der Form der demokratischen Republik. Diese ist sogar die spezifische Form für die Diktatur des Proletariats, wie schon die große französische Revolution gezeigt hat. Es ist doch undenkbar, dass unsre besten Leute unter einem Kaiser Minister werden“ (Engels, MEW 22, 235).

Im Denken des jungen Marx hörte der Staat in der Demokratie auf, „das herrschende Moment zu sein“; daher sei die Demokratie „das aufgelöste Rätsel aller Verfassungen“ (MEW 1, 231). Die „Selbstgesetzgebung“ einer Bürgerschaft müsse dazu führen, dass der Staatsapparat sich nicht mehr gegen oder über die Gesellschaft stellt, wie in der preussischen und bonapartistischen Praxis oder im Denken von Hegel, sondern sich ihr *unterstellt* (MEW 17, 340, 624). Marx hat hier die moderne Perspektive einer demokratischen und praktischen Gestaltung der Gesellschaft eröffnet. Anders als die entökonomisierte Verkürzung der Theorie der „Zivilgesellschaft“ (3.2.3, Fn. 37, 43) hatte er allerdings auch die Bedingungen für den Erfolg einer solchen Gestaltung im Blick und war sich darüber im klaren, dass es mit dem alleinigen Beschluss von Vorhaben oder gar nur der Diskussion von Normen nicht sein Bewenden werde haben können. Von Fichte bis Habermas reicht der deutsche Gedanke, man habe die soziale Wirklichkeit dann im Griff, wenn man ihre Prinzipien „begriffen“ habe, da diese die Wirklichkeit allererst hervorbrächten (2.5.2, Fn. 27). Marx’ Kritik des deutschen Idealismus in der politischen Philosophie lässt sich dagegen auf die Formel bringen, dass Änderungen der „Form“ eben *nicht*, jedenfalls nicht automatisch, auf den „Inhalt“ durchschlagen, da die reale Entwicklung auf Seiten des Inhalts vorgeht.³²

Diese Kehre ist insofern nominalistisch, als hier die Form zwar nicht, wie bei den Anarchisten, eliminiert, aber doch dem Inhalt *nachgeordnet* ist.³³ Allgemein gesprochen, ist in der kapitalistischen Demokratie die politische Sphäre nicht völlig autonom, sondern die ökonomische hat ein Pramat über sie. Das meint nichts geheimnisvolles, sondern nur das, was heute selbst Konservative beklagen, dass nämlich die Kraft des Politischen nachlasse: nicht mehr Staaten entscheiden,

31 Der Zusammenhang von Sozialismus und Demokratie ließ sich nicht zerreißen. Er zeigt sich in der stalinistischen Rede von den „Volksdemokratien“ noch negativ – Staaten wie die DDR mussten sich immerhin noch demokratisch *nennen*.

32 Vgl. MEW 3, 62; MEW 7, 32; MEW 17, 342; MEW 23, 99 u.ö.; vgl. Böhm 1998; 2.5.2, 3.1.5 Der Gedanke hat sich formal noch bis in Adornos *Negative Dialektik* gerettet, ohne noch auf seine politische Abkunft zu reflektieren. Selbst in der Kritischen Theorie sind noch Fichteanismen vorhanden (2.6.1, Fn. 73; 3.1.5; Fn. 125).

33 Zu Marx’ Nominalismus K. Hartmann 1970, Krahf 1971, Althusser 1993, 250, Backhaus 1997, anders Popper 1965, Maurer 1975. Pike 1999 vergleicht Marx hier mit Aristoteles, der Platos reine Formen ähnlich kritisiert hatte wie Marx Hegel und die „rein“ liberale Partei. Kants „Ding an sich“ hatte der Nichtdeterminiertheit des Inhalts durch die Form eine Bresche schlagen wollen. Das unterschlug schon Engels (MEW 21, 276; cf. näher in 2.5.2).

welche Firmen in ihnen investieren, sondern Firmen entscheiden, in welche Staaten sie gehen, und diktieren den Staaten die Bedingungen. Die idealistische Philosophie konnte Marx und Engels um so weniger beeindrucken, als der besondere Staat *Preussen* hinter dem „Begriff“ der Demokratie zurückblieb: Preussen und damit das Kaiserreich war für Marx und Engels „ein mit parlamentarischen Formen verbrämter, mit feudalem Beisatz vermischter und zugleich schon von der Bourgeoisie beeinflusster, bürokratisch gezimmerter, polizeilich gehüteter Militärdespotismus“ (MEW 19, 29), wo „die Regierung fast allmächtig und der Reichstag und alle andern Vertretungskörper ohne wirkliche Macht“ sei (MEW 22, 234). Es war illusorisch, von dieser scheinkonstitutionellen Monarchie eine Wirkungsmöglichkeit für eine ohnehin unwahrscheinliche parlamentarische Mehrheit zu erhoffen.³⁴ An der Durchschlagskraft der Form über den Inhalt war zu zweifeln, da die Sozialdemokratie selbst, wenn sie im Kaiserreich eine Mehrheit errungen hätte, wenig mehr gewesen wäre als ein „Feigenblatt des Absolutismus“ (Liebknecht, MEW 22, 233; 2.1.1, Fn. 20).

Lenin hat die Kritik an der reinen Form *nicht* nachvollzogen, sondern nur die Form ausgewechselt. Den Glauben, dass dies bis auf den Inhalt durchschlagen würde, hat er aufrechterhalten. Statt die Bedingungen einer „Diktatur des Proletariats“ in einer Demokratie auszuloten, vertauschte er die Form des Parlamentarismus mit der der Diktatur.³⁵ Der Genitiv „des Proletariats“ wird so zur politischen Metaphysik: er suggeriert nur noch, dass die Partei die „eigentlichen“ Interessen des Proletariats vertritt. Weder stellte das russische Proletariat eine Mehrheit der Bevölkerung – die entscheidende Schicht waren vielmehr die Bauern; noch war die Partei seine reale Vertretung – sie wurde von einer Minderheit beherrscht, die erklärtermaßen nicht dem Proletariat entstammte; noch bestand die institutionelle Möglichkeit einer legalen Machtübernahme.³⁶

34 Eine Mehrheit wurde weniger durch mangelnde Popularität der Sozialdemokratie verhindert, sondern durch das Wahlrecht und die willkürliche Veränderung von Wahlkreisen zugunsten der Regierung. In Sachsen, der Wiege der Sozialdemokratie, herrschte ein „reaktionäres Dreiklassenwahlrecht“, welches die Mehrzahl der Arbeiter von den Wahlen ausschloss. 1903 erhielt die Sozialdemokratie dennoch 58,8 % (Szejnmann 2000, 7).

35 1920 sagte Lenin: „Der wissenschaftliche Begriff der Diktatur bedeutet nichts anderes als die durch nichts eingeschränkte, durch keinerlei Gesetze, absolut durch keinerlei Regeln gehemmte, sich unmittelbar auf die Gewalt stützende Macht“ (LW 31, 345). „Die Diktatur des Proletariats schrekt nicht vor Zwang und schroffer, entschlossener, schonungsloser Ausübung staatlichen Zwangs, denn die fortgeschrittenste Klasse, die durch den Kapitalismus am meisten unterdrückt worden ist, hat das Recht, diesen Zwang anzuwenden; sie tut es ja im Interesse aller Werktätigen und Ausgebeuteten“ (LW 31, 493, vgl. Leonhard 1962, 164; kritisch dazu Löw 2002).

36 „Entweder Diktatur Kornilows [...] oder Diktatur des Proletariats – von einem anderen Ausweg kann für ein Land [...] bei der fürchterlichen Zerrüttung, die durch diesen qualvollsten aller Kriege hervorgerufen wurde, nicht einmal die Rede sein“ [Lenin]. Es ist nicht ganz von der Hand zu weisen, dass Russland 1917 tatsächlich vor diesem Dilemma stand“ (H. Weber 1970, 118). Diese „Entschlossenheit“ beeindruckte die Rechte (Schmitt 1921, 201; 1923, 63).

Lenin richtete die „Diktatur des Proletariats“ daher nicht mehr nach dem Vorbild der französischen Republik aus, sondern nach dem der wilhelminischen Post (LW 25, 440, cf. Fn. 75 und 77). Wenn an Marx später kritisiert wurde, dass das „Proletariat“ in seinen Schriften um 1843 deshalb zum „Subjekt der Geschichte“ geworden sei, weil er als Linkshegelianer ein solches verzweifelt gesucht hatte und ihm nun eine überzogene weltgeschichtliche Mission andichtete (so etwa Hartmann 1970), so sollte das den real existierenden Sozialismus treffen. Im Europa des ausgehenden 19. Jahrhunderts dagegen war das Proletariat kein Schreibtischkonstrukt, sondern eine sozialrevolutionäre Massenbewegung. Marx wollte sie theoretisch aufklären und unterstützen, wobei es anfangs zu zeitbedingten rhetorischen Überhöhungen gekommen war.³⁷

Lenins 1914 beginnender Kampf gegen die europäische Sozialdemokratie, die lediglich die Interessen der verräterischen „Arbeiteraristokratie“ vertrete, und sein Legitimationskonstrukt der „proletarischen Interessen“, welche nur von den Berufsrevolutionären aus der elitären Kaderpartei richtig erkannt und vertreten werden könnten, zeigen den Abstand zu den realen Arbeitern und deren Organisationen hier wie dort.³⁸ Als Ausdruck der Abneigung gegenüber den westeuropäischen Arbeiterparteien ist Lenins These zu verstehen, dort sei die Bourgeoisie aufgrund ihrer monopolistischen Extraprofite in der Lage, die Führer der Arbeiter zu bestechen und so eine ihnen hörige Arbeiteraristokratie zu schaffen, die die westlichen Arbeiterparteien zu Opportunisten mache und das revolutionäre Russland bekämpfe (Hobsbawm 1977, 174-84). Ein Festival der Adjektive:

„Im Westen [...] hat sich eine viel stärkere Schicht einer beruflich beschränkten, borierten, selbstsüchtigen, verknöcherten, eigennützigen, spießbürgerlichen, imperialistisch gesinnten und vom Imperialismus bestochenen, vom Imperialismus demoralisierten ‚Arbeiteraristokratie‘ herausgebildet als bei uns“ (Lenin 1920, LW 31, 39).

Die Erscheinung des Reformismus, die hinter diesen Anwürfen Lenins steckt, war Marx und Engels nicht fremd, doch war dieser kein Grund, sich über die Menschen zu erheben und ihnen *von außen* Weisheiten zu oktroyieren.³⁹ Wenn sie theoretische Ergebnisse erzielt hatten, dann waren sie auf die Verbreitung derselben aus und nicht darauf, ihren politischen Rang in der Partei dadurch zu erhöhen. Man mag Lenins Externalismus als Abkehr vom demokratischen Prinzip werten – er deutet jedenfalls vor auf die große Entfernung der Parteihierar-

37 So zur „Resurrektion der Natur“ (MEW 40, 538; MEW 13, 7, 10; MEW 21, 263; cf. 2.1.4, Fn. 72, 2.4.6, Fn. 109).

38 Der 17. Juli 1953 war ein Arbeiteraufstand, ebenso wie die 1921 brutal niedergeschlagene „Kronstädter Kommune“. Die „Arbeiteropposition“ der KPR, die ebenfalls 1921 auftrat, ging von den Gewerkschaften aus (vgl. Hillmann 1967, 54-100). Siehe noch Koenen 2001, 324 u.ö.

39 Siehe etwa MEW 29, 358; MEW 22, 234. „Die theoretischen Sätze der Kommunisten beruhen keineswegs auf Ideen, auf Prinzipien, die von diesem oder jenem Weltverbesserer erfunden oder entdeckt sind. Sie sind nur allgemeine Ausdrücke tatsächlicher Verhältnisse eines existierenden Klassenkampfes“ (MEW 4, 474).

chien von der Bevölkerung, die statt abzunehmen im Laufe der Zeit noch wuchs. Es entstand eine *neue Klassengesellschaft*, nicht mehr zwischen Arbeit und Kapital, sondern nun zwischen Bevölkerung und Bürokratie. So wurde die Diktatur auf Dauer gestellt.⁴⁰ Um die „Diktatur des Proletariats“ weiter zu *verlängern*, machte sich Stalin die genannte Unterscheidung von Form und Inhalt zunutze. Allerdings soll die Form sich nicht mehr nach dem Inhalt richten, sondern gewaltsam einen Inhalt nach seinem Bilde erzeugen (ZK 1945, 340, vgl. Fn. 21):

„Im Oktober 1917 hat die Arbeiterklasse den Kapitalismus *politisch* besiegt, ihre politische Diktatur aufgerichtet. [...] Jetzt besteht die Hauptaufgabe darin, im ganzen Lande den Aufbau einer neuen, der sozialistischen Wirtschaft zu entfalten und damit dem Kapitalismus auch *ökonomisch* den Todesstoß zu versetzen. [...] Die sozialistische Industrialisierung – das ist das Hauptkettenglied, das angepackt werden muss.“

Nach 20 Jahren „Diktatur des Proletariats“, die ein Lockerlassen der Zügel hätten denkbar erscheinen lassen, zog Stalin sie härter an als je zuvor, um unter horrenden Verlusten seine „industrielle Entwicklungsdespotie“ durchzusetzen (Schneider 1992, 211). Nach mehreren gravierenden politischen Fehlentscheidungen⁴¹ steigerte sich Stalin regelrecht in eine modernisierende Flucht nach vorn, die eine ungeheuer destruktive Kraft entfaltete: in der Zwangskollektivierung der späten 1920er Jahre wurde die Landbevölkerung, in den großen „Säuberungen“ der 1930er Jahre die Bürokratie in Partei- und Armeeführung grausam geopfert, und in der „sozialistischen Industrialisierung“ hat Stalin endgültig den Bürgerkrieg verewigt.⁴² An den unvorstellbaren Gräueln, über die West und Ost lange schwiegen, gibt es nichts herumzudeuten. Doch sie beriefen sich mit ebenso viel

40 „Stalin hob die von Lenin durchgesetzten Beschränkungen des Einkommens der hauptamtlichen Funktionäre auf. Ferner wurden sie mit zahlreichen Vorrechten hinsichtlich der Ernährung, der Warenversorgung, der Wohnung, der ärztlichen Betreuung und des Urlaubs ausgestattet, die eine breite Kluft zwischen der Bürokratie und dem Volk aufrissen“ (Bartsch 1976, 78; 3.2.2, Michel 1910, Castoriadis 1949, Cliff 1955, Bettelheim 1977, Koenen 1998, 232).

41 Die Idee des „Sozialismus in einem Lande“, die Stalin seit 1924 ausgab, sollte die Bauern einbinden. Dazu musste die offizielle Ideologie verändert und diese Veränderung dogmatisch unanfechtbar gemacht werden. Stalin wollte die zahlreichen Mittelbauern durch Selbstverwaltung stärken und so die ihm feindlichen Kulacken isolieren. Diese konnten durch Stalins Maßnahmen ihre Macht jedoch ausbauen. Bucharin interpretierte diese Stärkung des Kapitalismus als den neuen Sozialismus und brachte so die bürgerlichen Nationalisten auf seine Seite – eine Stalin kompromittierende Situation, da er so die Bauern und die Bürgerlichen auf seiner Seite und die alten Kader gegen sich hatte. International koalierte Stalin sowohl mit der gleichgeschalteten kommunistischen Minderheit als auch mit der Mehrheit der Sozialdemokratie in England, Deutschland und China, die über wesentlich mehr Macht verfügten. Diese Zweigleisigkeit führte überall ins Fiasko. Stalin isolierte sich völlig: er hatte im Inneren die rechten Kulacken und die linke Parteiführung gegen sich, und außen kaum noch starke Partner (nach A. Rosenberg 1933, 224 ff.).

42 Courtois 1998 beschreibt die Gräuel ausführlich; vgl. Nolte 1983, 524 ff., Klotz 1999. Dutschke 1975 und Schneider 1992, 203 vergleichen Stalin mit dem Einfall der Mongolen (zur „Modernisierung“ Schneider 1992, 201).

Recht auf Marx, wie sich Eichmann seinerzeit auf Kant bezog oder die Kolonialisierung auf die Bibel: mit fast gar keinem. Dass diese Berufungen dennoch geschahen, stößt zuletzt wieder auf die Frage nach dem politischen Subjekt (quis iudicat, s.u., Fn. 7). Die absteigende Kette von der Befreiung der Arbeiterklasse bei Marx bis zum bürokratischen Staatsterrorismus Stalins lief eben über Lenins Herrschaft der Partei.⁴³ Sie ist damit bis heute diskreditiert.

2.2.4 Schöpferische Entwicklung des Marxismus?

„Der Stalinismus lässt sich nicht von der Theorie des Marxismus oder überhaupt von einer Theorie leiten, sondern von den empirischen Interessen der Sowjetbürokratie.“ (Trotzki 1936)

Die Organisationstyp der Leninschen Partei hatte auch Auswirkungen auf die Rezeption der Marx'schen *Theorien*. Die geforderte Geschlossenheit der Partei machte Diskussionen bald unmöglich: auf das Oppositionsverbot von 1919 folgten das auf dem 10. Parteikongress der KPR 1921 (nach dem Kronstädter Aufstand) ausgesprochene Fraktionsverbot, Parteiausschlussverfahren sowie die berücktigten „Säuberungen“, die 1937 regelrecht in Staatsterrorismus ausarteten. Da die russische Politik nach 1917 auch theoretisch recht ungesichert war, hatten die Maßnahmen des „real existierenden“ Sozialismus mit den Theorien von Marx, die keine Patentrezepte für eine sozialistische Politik und Wirtschaft aufgestellt hatten, kaum noch etwas zu tun.⁴⁴ Obwohl von ihm wenig mehr als einige Titel kamen, musste Marx dafür herhalten, das nunmehr politisch angestellte theoretisch zu decken. Diese Weichenstellung gilt für die alte deutsche Sozialdemokratie wie für Sowjetrussland erstaunlich parallel, entgegen ihrer sonst so unterschiedlichen politischen Anschauungen und Ausgangssituationen: Beide bemächtigten sich seiner Schriften als einer „politischen Theorie“, die zur Legitimationsideologie der jeweiligen Politik herangezogen wurde. Im Namen der vorgeblichen Marx'schen „Geschichtsphilosophie“, die den Untergang des Kapitalismus voraussagte und dem Proletariat die Weltherrschaft prophezeite (2.6.6), meinte man hier wie dort eine Politik machen zu können, die die gegebenen Umstände nicht mehr mit der Theorie vermitteln musste.⁴⁵ Wenn Kautskys Orthodoxie aufgrund ihres symbolischen Wertes für die Massenpartei einer Kirche ähnelte, so Lenins elitärer Radikalismus einem Orden oder einer Sekte.⁴⁶

43 Für Stalin waren Partei und Staat „im Sowjetlande nicht zu trennen“ (ZK 1945, 356).

44 Dahrendorf 1952, 167 ff.; Ramm 1957, Fleischer 1993, 20; Flechtheim 1983, 234 f. (anders allerdings Bucharin 1922 und Sik 1967).

45 Als Beispiele des Überfliegens denke man etwa an Trotzki mit seinem Überspringen der Bauernfrage und seinen häufigen, aber misslichen Analogien zur französischen Revolution (Abosch 1990), an Sinoview mit seinem Putschismusmodell für die deutschen Kommunisten und Stalins wahnwitzige Industrialisierung.

46 Flechtheim 1969, 154; A. Rosenberg 1933, 168; zum sozialen Gehalt der „Sekte“ vgl. Troeltsch 1912. Marx bezeichnete sowohl den „Bund der Gerechten“ wie die Lassalleans als Sekte, Engels machte den Begriff in seinem Werk über den Bauern-

Die herrschaftsarcanische Maßregelung vonseiten des fernen Moskau sowie die politische Marginalisierung durch die attentistische Taktik und deren Misserfolge verstärkten den sektenartigen Charakter speziell der deutschen Partei.⁴⁷ Das Verhalten gegenüber der Marx'schen Theorie war in beiden Orthodoxien ähnlich: oben ein zweckentfremdendes Instrumentalisieren, welches die Marx'sche Theorie als „Integrationsideologie“ (Matthias 1957) einer Massenpartei oder als „Legitimationswissenschaft“ (Negt 1969, 7 ff.) einer revolutionären Kaderpartei und später einer bürokratischen Autokratie benutzt, unten ein gläubiges Hinnehmen der marxistischen Heilswohlwahrheiten als einer „wissenschaftlichen Weltanschauung“.⁴⁸ Der Marxismus, der angetreten war in der Absicht, allen Menschen die Möglichkeit zu geben, ihre Interessen frei von ideologischen Verblendungen selbst in die Hand zu nehmen, hat sich seinerseits in eine Ideologie verwandelt (cf. 2.4.2, Fn. 41; 2.6.1, Fn. 20). Davon erholt er sich nicht mehr.

Lenin war sicher kein überragendes theoretisches Talent, sondern eher ein gewitzter politischer Organisator (Baecker 2002) mit einer Gabe für die effektvolle öffentliche Rede. Zwar wusste er auch in Schriften zu überzeugen. Allerdings glich er die Theorie dabei jeweils politischen Erfordernissen an. Noch in seinem *philosophischen* Hauptwerk (1908) scheint der strategische Hintergrund hindurch. Ausgerechnet hier, in der Erkenntnistheorie, entwickelt Lenin sein Konzept der „Parteilichkeit der Philosophie“ (LW 14, 360).⁴⁹ Die hierarchische

krieg populär. Die eigene Partei sollte auf keinen Fall Sektencharakter annehmen: „wollten wir nicht die Bewegung an ihrem vorgefundenen [...] Ende aufnehmen und weiter vorantreiben, so blieb uns nichts, als Kommunismus in einem kleinen Winkelblättchen dozieren und statt einer großen Aktionspartei eine kleine Sekte stiften. Zu Predigern in der Wüste aber waren wir verdorben; dazu hatten wir die Utopisten zu gut studiert“ (Engels, MEW 21, 18; cf. MEW 7, 353; MEW 18, 350; MEW 19, 25; MEW 22, 251 und öfter).

47 Dies war zumindest die Taktik des linken Flügels um Ruth Fischer und Thälmann (Flechtheim 1969, 174). Das alte „Dilemma des demokratischen Sozialismus“ (Gay 1954) spiegelt sich in der KPD detailgetreu wieder. Die KPD beschloss schon 1919, unter Paul Levi: „Mitglieder der K.P.D., die diese Anschauungen über Wesen, Organisation und Aktion der Partei nicht teilen, haben aus der Partei auszuscheiden“ (Bericht über den 2. Parteitag der KPD, zitiert bei W. Müller 2002, 331). Tatsächlich gab es bald mehrere Abspaltungen dieser ohnehin recht kleinen Partei. Zu den „Säuberungen“ Schneider 1992, 211-21; Koenen 1998, 215-270, Hedeler 2002.

48 „Der dialektische Materialismus ist die Weltanschauung der marxistisch-leninistischen Partei“ (ZK 1945, 131).

49 In einem erkenntnistheoretischen Streit hatte der Menschewik Plechanow den Bolschewisten Bogdanow des „subjektiven Idealismus“ bezichtigt und eine Verbindung mit der voluntaristischen Taktik des Bolschewismus hergestellt. Ein Materialist habe vor einem Umsturz erst dessen objektive Bedingungen abzuwarten. Das wollte Lenin nicht auf sich sitzen lassen – er kehrte den eigenen Stall aus und erteilte Bogdanow eine radikale Abfuhr. Er stellte Plechanow eine andere Verbindung entgegen: der subjektive Idealismus sei „notwendig“ auf Seiten der Reaktion, weil sie die Religion begünstige, der Materialismus dagegen sei *per se* kämpferisch (LW 14, 347). Doch der Materialismus etwa von Hobbes war keineswegs emanzipatorisch, das kommunistische Frühchristentum dagegen höchst idealistisch, und im Thomismus tut der

und zentralistische Organisation auch der Wissenschaften im Kommunismus verschärft die Ideologisierung zusehends. Die Grenzen zwischen Lenins ad hoc entworfener „Abbildungstheorie“ und der abstrusen Parteiwissenschaft eines Lysenko, die den westlichen Darwinismus ersetzen sollte, sind fließend. Entscheidend ist überall der Glaube, selbst noch die Wissenschaft müsse und könne *als solche* parteilich sein.⁵⁰ Gerade die Möglichkeit des ideologiekritischen Nachweises konkreter Parteilichkeit einer Wissenschaft aber zeigt, dass sie es selbst nicht sein darf. Nicht nur aus der Perspektive Marxens ist dies unmöglich. Dass die Wissenschaft dennoch parteilich sein sollte, verlängerte die innerparteiliche Hörigkeit nur noch bis in diese hinein. In der DDR ging dies von Fälschungen der Geschichte durch Walter Ulbricht bis zu Parteiausschlussverfahren gegenüber Wissenschaftlern.⁵¹ Die Säuberungen in Moskau waren für viele Theoretiker, darunter der Marxherausgeber D.B. Rjasanow, tödlich. Die resultierende untertänenhafte Hörigkeit in *theoreticis* strahlte bis in den Westen aus, wie einschlägige Schriften erkennen lassen. Der Verlust inner- und außerparteilicher Demokratie und das Schwinden der Freiheit der Wissenschaft gingen Hand in Hand.⁵²

Lenins parteiliche Wissenschaft schwankte mit den Anlässen erheblich.⁵³

erkenntnistheoretische Materialismus der Religion keinen Abbruch, sondern bekämpft den subjektiven Idealismus (Kolakowski 1981 II, 475-513). Kolakowski bezeichnet dieses Werk daher als ein philosophisch „wertloses Erzeugnis“ (510).

50 Das theoretische Lehrstück von Stalin 1938, das auf Lenin 1908 zurückgreift, wird in die Geschichte der Partei eingefügt: die grundlegendsten Theorien werden so der Entwicklung der Partei untergeordnet (vgl. die Resolution von 1930; Gropp 1960, 24 ff.). Neben persönlichen Schicksalen verblassen theoretische Folgen, doch auch sie gehören in das welthistorische Skurilitätenkabinett (cf. Wetter 1958, Kosellek 1977).

51 Vgl. H. Weber 1969, Grebing 1977, Rauh 1991, Prokop 1996, Bialas 1996, Knechtel 2000. „Gerade der eminent praktische Charakter der kommunistischen Organisation, ihr Wesen als Kampfpartei setzt einerseits die richtige Theorie voraus, da sie sonst sehr bald an den Folgen der falschen Theorie scheitern müsste; andererseits produziert und reproduziert diese Organisationsform die richtige theoretische Einsicht, indem sie die Empfindlichkeit der Organisationsform für die Folgen einer theoretischen Einstellung bewusst und organisatorisch steigert“ (Lukács 1923, 330, siehe dazu Strelewitz in Papcke 1986, 163). Noch für Althusser 1974 war die Theorie eine Verlängerung politischer Kämpfe.

52 Nicht nur in unmittelbaren Schriften der DKP ist das zu spüren (vgl. Knoche 1980, Flechtheim 1980), sondern bis in die akademische Philosophie (Beyer 1968, Sandkühler 1973, Tomberg 1973, Steigerwald 1980). Auch wo Bindungen an die DDR nicht wahrscheinlich sind, fällt der Mangel an Distanz auf. Viele westliche Marxisten hatte diese „Parteilichkeit“ geradezu verinnerlicht (Lukács cf. Fn. 51; Horkheimer 1937, 56/GA 4, 216, cf. 2.6.1; Althusser 1970, Haug 1972). Heinrich 2001, 383 macht auf folgende Stelle bei A. Schmidt (1969, 203) aufmerksam: „Bei Althusser [...] bleibt das Interesse an einer besseren Gesellschaft dem eigentlich theoretischen Prozess äußerlich“ – woraus nur zu schließen ist, das selbst für Schmidt die Wissenschaft „parteilich“ zu sein habe (cf. Steinorth 1977, 83 ff.).

53 Für Basso 1975 war Lenin vor allem Strategie, der sich nicht in eine Doktrin zwängen lasse (11). Er zitiert dafür V. Zilli: „Jeder theoretische Beitrag, um den Lenin den Marxismus bereichert hat, entspringt mehr einer [...] konkreten Einschätzung der politischen Wirklichkeit Russlands als einer Erläuterung der Texte [hier der Pariser

Die Dogmatisierung der Schriften Lenins zum „Leninismus“ durch Stalin war daher im wahrsten Sinne eine „Totgeburt“: nicht nur war Lenin tot, als dies geschah, sondern der ganze Korpus wird starr, wenn aus engagierten Einlassungen zu konkreten Problemen, die sich untereinander oft widersprechen (etwa in der Frage, mit wem jeweils ein Bündnis zu schließen sei), Lehrsätze zu eruieren versucht werden. Es gibt eigentlich keinen „Leninismus“, sondern nur einen *Stalinismus* – wer „Leninismus“ sagt, meint *diesen*.⁵⁴ Zwar traten *alle* einflussreichen Bolschewisten nach Lenins Tod als ‚Leninisten‘ an (siehe Trotzki u.a. 1925). Doch Stalin war der einzige, der keine eigenen Ideen beimengte; insofern war er wirklich der ‚reinst‘ Leninist. Vielleicht hat er auch deswegen den Sieg über seine Konkurrenten davogetragen.⁵⁵

Allerdings war Trotzkis Beobachtung (1924) nicht ganz falsch, dass Stalin sich auf den vorrevolutionären Lenin beschränkte. Trotzki selbst stützte sich auf den Lenin der Aprilthesen, der ja Trotzkis These der „permanen Revolution“ übernommen hatte. Nach der Ausschaltung der wirklichen oder vorgeblichen „Trotzkisten“ übernahm auch Stalin inhaltlich ein trotzkistisches Programm.⁵⁶ Die *Funktion* der Theorie hatte sich allerdings erneut geändert. Mit Hans-Joachim Lieber lassen sich drei Stadien der marxistischen Theorie unterscheiden: Einer orthodoxen Phase, in der die Theorie einen hohen *Selbstwert* hatte, folgt eine revolutionäre, in der sich Theorie und Praxis immer mehr *durchdringen*. In

Kommune in Staat und Revolution, CH]. Seine Originalität [...] bestand in der unbefangenen Intuition einer Formel, die bei Wahrung des Systems doch eine raschere Verwirklichung des gesteckten Ziels ermöglichte“ (41).

54 „Der Leninismus ist der Marxismus der Epoche des Imperialismus und der proletarischen Revolution“ (Stalin 1924, 6; 1947, 10; Werke 6, 63), sprach Stalin, „dem Lenin-Aufgebot gewidmet“. Zum stalinistischen Charakter des „Leninismus“ cf. H. Weber 1969; Fleischer 1973; Hofmann 1979, 250; Schneider 1992, 84, und Hederle 1993, 89: „1926 ist ein für die Konstituierung des ‚Leninismus‘ [...] wichtiges Jahr“. Sie geschah durch „Stalin, der Lenins Theorie durch den ‚Leninismus‘ ersetzte, um seine persönliche Diktatur zu legitimieren“.

55 Lieber 1963, 193 beobachtet, „dass Stalin in diese ideologische Fehde ohne ein eigenes Programm hineingeht [...]. Bei all dem wird Stalin von der Bürokratie als Hüter des Leninschen Ideengutes akzeptiert, ohne dessen Autorität zu besitzen. Es selbst gibt sich konsequent als – wie er oft sagt – ‚kleiner Mann‘, ohne Ambitionen, ohne Ehrgeiz, ohne eigenes Programm, und er wird gerade deshalb im Schatten Lenins immer mächtiger“.

56 Trotzki hatte den Bauern im Inland nicht getraut, sondern allein auf das Proletariat gesetzt. Daraus ergaben sich der Zwang zu einem militanten Internationalismus, um von außen Hilfe zu erzwingen, sowie der zu einer rabiaten Industrialisierung. Nachdem Stalin 1927 diese Richtung mithilfe Bucharins unterjocht hatte, wurde nun Bucharin bekämpft. So „verwandelt sich das großangelegte Industrialisierungsprogramm der ‚linken Opposition‘ nach deren Zerschlagung mit leichten Veränderungen in einen Programmfpunkt des Stalinismus [...] und dient schließlich als Argumentationsbasis gegen die ‚rechte Abweichung‘“ (Lieber 1963, 194, vgl. 195). Lieber meint, Stalin habe auf Vorschläge stets negativ reagiert und diese Negationen dann umgesetzt. So wäre möglicherweise der Zickzackkurs Stalins zwischen steten Links- (1923, 1928) und Rechtsturns (1925, 1938) zu erklären.

die erste Phase einzuordnen sind die Schriften von Marx, die nur zum geringsten Teil direkt handlungsanleitend sind, sowie der kautskyanischen Gralshüter, die diese Theorie bewusst von der Praxis fernhielten. In die zweite Phase gehören die kaum aus ihrem Kontext isolierbaren Schriften Lenins:

„Da man die bürgerlich-kapitalistische Phase der russischen Entwicklung übersprungen hatte und in der politischen Tagespraxis auf ein historisch-soziales Objekt traf, das die Form annehmen sollte, die man ihm zudiktierte, musste sich die Theorie unmittelbar in Praxis umsetzen und forderte die Praxis unaufhörlich die theoretische Reflexion. In diesem Mechanismus ist recht eigentlich die klassische marxistische Orthodoxie zerrieben worden“ (Lieber 1963 I, 197).

Die extreme Praxisrelevanz der Theorie bei Lenin sei in der dritten Phase unter Stalin dann umgekippt in Richtung einer diktatorischen Technokratie, die nun eine methodisch ungesicherte „Theorie“ einfach gewaltsam umzusetzen erlaubte:

„Nachdem die Theorie durch das Revolutionserlebnis ihren eigentümlichen Charakter, nämlich einerseits zutiefst wirklichkeitsverbunden zu entstehen und andererseits als überempirische Leitlinie der politischen Aktion zu dienen, eingebüßt hat und mit der Gewalt als einer neuen ‚Achse der Geschichte‘ verschmolzen ist, tritt sie nunmehr als unmittelbar praktische Theorie [...] hervor“ (Lieber 1963 I, 197 f.).

Diese Andeutung eines zweifachen Funktionswandel der Theorie – von Marx’ anspruchsvoller Theorie über Lenins Theorie-Praxis-Amalgam zu Stalins rüder Kommandowirtschaft – macht schlagend klar, wie wenig der „real existierende Sozialismus“ mit der Marx’schen Theorie zu tun hat, auch wenn Lieber die politische Wirkungskraft der Theorie sicher überschätzt. Niemand herrscht durch ideologiestrategische Traktate, sondern diese drücken den Herrschaftsanspruch lediglich symbolisch aus. Sie *rechtfertigen* die politisch verfolgte Generallinie. Nicht nur sind die Inhalte von Marx und Stalin einander unverbunden, sondern auch der Charakter der jeweiligen Theorie ist komplett unterschiedlich:

„Hierin offenbart sich der Kern der nachrevolutionären bolschewistischen Ideologie: von den realen Wirkkräften der Gesellschaft weitgehend abgetrennt, ist sie ein praxisfernes, wenn auch durch Gewalt praktizierbares Programm; nur mit der Gewalt verbunden, wird sie unmittelbare politische Aktion“ (Lieber 1963 I, 197).

Zur Stütze eines totalitären Systems wurde der Leninismus erst, nachdem Stalin den Weg des „Sozialismus in einem Lande“ eingeschlagen hatte – eine Weichenstellung, die die Totalitarismustheorie oft überspringt, vielleicht, um besser auf Marx rückschließen zu können:⁵⁷ So „verwandelt sich die Ideologie selbst zum herrschaftstechnisch eingesetzten Mittel der Verwaltung, Lenkung und Kontrolle einer gleichzuschaltenden Gesellschaft“ (198).

57 Obwohl von Lenin über Luxemburg bis zu Gramsci, viele Größen vertreten sind, fehlt Stalin in dem totalitarismustheoretischen Sammelband von Backes 2002.

Wie sehr die Instrumentalisierung des Marxismus für die Legitimierung einer imperialen Herrschaft zu seiner Verödung führte, zeigt jedes ML-Handbuch.⁵⁸ Die starren Formeln des DiaMat hatten auf die Politik kaum Einfluss, sie waren ein ideologisches Oberflächenphänomen.⁵⁹ Zwar wurde der Anspruch erhoben, in der Dialektik die Regeln des Denkens, der Natur und der Gesellschaft aufgefunden zu haben, und zwar sowohl objektiv, in den „realen“ Widersprüchen, als auch, diese im Denken und Erkennen „widerspiegeln“, in der „subjektiven Dialektik“.⁶⁰ Letztlich aber war auch die Philosophie, da sie „immer lebendig die sich entwickelnde Praxis wiederspiegeln“ sollte (Gropp 1960, 22), diese Praxis aber eine autokratische war, von dieser weisungsbefugten Stelle abhängig und so gar nicht in der Lage, neben den „Auslegungen“ der gerade aktuellen Herrscherworte eigene Aussagen zu treffen.⁶¹ Geschah dies doch einmal, so hatte der betreffende Autor in „Kritik und Selbstkritik“ das eigene Unvermögen einzugehen, um sich vor Schlimmerem zu retten.⁶² Solche Schauprozesse, bei denen die Angeklagten sich allerdings *nicht* retten konnten, erschütterten in den 1930er Jahren die Weltöffentlichkeit. Eine „schöpferische Weiterentwicklung“ des Marxismus war unter diesen Bedingungen unmöglich. In Sowjetrussland kamen wohl mehr intellektuelle Marxisten um als irgendwo sonst.⁶³ Vergleichbar dürfte nur die „Kulturrevolution“ Maos und die Verfolgung von Kommunisten durch Hitler sein (der in diesem Punkt mit Stalin kooperierte).

Trotz der mangelnden Verbindung zu Marx gab sich Sowjetrussland der Illusion hin, es sei die „Verwirklichung“ der „Ideen“ von Karl Marx.⁶⁴ Der Westen

58 So Gropp 1960, Buhr 1972, Fiedler 1974, Becher 1976, Wrona 1979. Erfahrungsberichte aus der „sozialistischen“ Wissenschaft sind da eindeutig (2.1.4, Fn. 59).

59 Deutlich wird dies an Stalins Lehrstück von 1938: aus den Bestimmungen, die er der „Natur“ gibt, rechtfertigt er in allgemeinen Lehrsätzen seine Politik – die sich allerdings oft wandelt: „Wenn die Entwicklung in Form des Hervorbrechens der inneren Widersprüche [...] verläuft mit dem Ziel, diese Widersprüche zu überwinden, so ist es klar, dass der Klassenkampf des Proletariats [so nannte Lenin den Bürgerkrieg, LW 29, 326, und Stalin seine aggressive Industrialisierung, vgl. ders. 1926, 87] eine völlig natürlich und unvermeidliche Erscheinung ist. [...] Um also in der Politik nicht fehlzugehen, muss man eine unverhünlische proletarische Klassenpolitik [...] durchführen“ (ZK 1945, 139; cf. A.Schaefer 1997). Zuvor waren die „Versöhnler“ um Bucharin aus der Partei ausgeschlossen worden (368, vgl. 343, 361, 404 ff.; zu Bucharin vgl. Hedeler 1994). Einen trotz Polemik treffenden Abriss der „Geschichte der Philosophie in Sowjetrussland“ (1917–1950) gibt Bochenski 1960, 35 ff.

60 Bochenski 1960, 86 ff., Gropp 1960, 15 ff., 58 ff., vgl. Negt 1969, Fleischer 1973.

61 Unfreiwillig ironisch nannte Sandkühler 1973 dies „materialistische Hermeneutik“.

62 Gropp 1960, 86 f.; vgl. die Schilderungen dieses Verfahrens bei Leonhard 1955.

63 Dennoch gab es anspruchsvolle kulturelle Erzeugnisse – man denke neben den Werken von Bucharin, Radek und Trotzki, an die Marx-Engels-Edition (MEGA), an die Ökonomen Leontief und Konratief, die Ästhetiker Lukács, Lunatscharski und Lifschitz, die Psychologen Pawlow und Rubinstein u.ä.; vgl. insgesamt Groys 1996.

64 Der Artikel „Deutsche Lebenslügen“ (Zeit vom 3. Oktober 2000) bemerkt, man habe sich lange zu überreden versucht, die dort herrschenden „Werte“ seien „asiatisch“,

übernahm diese Selbstbeschreibung des Ostens als „marxistisch“; vielleicht weil man glaubte, mit einer schnell zu habenden Marxwiderlegung im kalten Krieg Punkte machen oder mit einer Belebung des jungen Marx die innerkommunistische Opposition stärken zu können.⁶⁵ Dadurch aber wurde die Autoideologisierung Sowjetrusslands nicht aufgedeckt, sondern bestärkt. Das war vielleicht als Diskursstrategie gegen den Marxismus im eigenen Lande sinnvoll, wurde jedoch weder der Marx'schen Theorie noch dem Realsozialismus gerecht. Dieses Themenpektrum kann hier nicht weiter verfolgt werden, da es die Marxrezeption nur noch sehr mittelbar betrifft; Schriften über den Kommunismus bilden eine Kategorie für sich. Nachdem die Euphorie verflogen war, waren die bedeutendsten dieser Schriften ohnehin meist Dokumente der politischen Enttäuschung.⁶⁶

Der einzige sowjetrussische Marxist der alten Garde, dem es gelang, eine Weile aus Stalins Wirkkreis zu entkommen, war Trotzki. Ausgerechnet er aber hielt dem alten System noch die Treue. Er ist dadurch zu einer merkwürdig schillernden Gestalt geworden, der wir uns nun zuwenden.

2.2.5 Der Trotzkismus – ein geringeres Übel?

Trotzki, Führer der Friedensverhandlungen in Brest-Litowsk und erfolgreicher Architekt der Roten Armee, wurde post festum zu einer „Alternative zum Stalinismus“ (Bergmann 1993) stilisiert – in dem Moment, als er 1929 aus der Sowjetunion verstoßen wurde und nichts mehr bewirken konnte, und noch verstärkt, als er 1940 ermordet wurde. Befördert wurde diese Sicht nicht zuletzt von den immer drastischeren Reaktionen Stalins auf den vermeintlichen „Trotzkismus“ in den eigenen Reihen. Er überzeugte im Westen um so mehr, als er vor seinem Anschluss an den Bolschewismus 1917 ein den Menschewiki nahestehender Moralist gewesen war. Seine frühen Schriften, die allerdings mit den Schriften und Handlungen seit 1917 in erheblichem Widerspruch stehen, erschienen als eine Art moralisch höherwertige Perspektive, die das russische Experiment auch hätte

uns fremdartig. Einen Schwerpunkt auf das asiatische Erbe Russlands legt dagegen Schneider 1992, 181 ff., vgl. schon Lessing 1919, Berdjajew 1923; Dutschke 1975.

65 Kritiker setzten Marx die bequeme philosophische Einschätzung entgegen, dass jeder Ideenfanatismus in „Tugendterror“ ausarten müsse (so noch Lübbe 1995) – als hätte Marx normative Ideale vertreten, die nun umgesetzt werden seien. Diese Einschätzung war schon bei Hegel verfehlt: seine Zurückführung der Schrecken nach 1792 auf die Verstandesphilosophie der Aufklärung unterstellt, Ideen machten Geschichte – als habe die Kritik der reinen Vernunft die französisch Revolution ausgelöst (Hegel 1807, 433). Sein dagegengesetzter Organizismus (435) löst Kants „Freiheit“ in ein System institutionellen Ordnungsdenkens auf – schon hier, nicht erst in der Rechtsphilosophie (1821). Gegen diese idealistische Konstruktion der „Notwendigkeit des Ablaufs“ (Hegel 1807, 437) ist die *Deutsche Ideologie* (MEW 3) zu halten, um zu sehen, was Marx wollte: Philosophiegeschichte basiert an entscheidenden Weichenstellungen auf Fehleinschätzungen der empirischen Realität und Geschichte (cf. 4.1).

66 Marxistisch Merleau-Ponty 1947, Castoriadis 1949, Koestler 1953, Marcuse 1958, Leonhard 1960, Bettelheim 1969 und 1977, Solschenizyn 1974 und Heym 1995.

nehmen können. Zusammen mit Trotzkis Kampfschriften aus dem Exil fungierten sie so für westliche Sympathisanten des Kommunismus, die sich von Stalin zu distanzieren begannen, als imaginäre „Alternative“.⁶⁷

Trotzki hat allerdings weder theoretisch etwas über den offiziellen Marxismus-Leninismus hinausgehendes entwickelt (mag man seine historischen Schriften auch positiv bewerten), noch hätte er politisch eine Alternative dargestellt. Er hat den diktatorischen Parteiapparat, den Stalin nutzte, selbst mitaufgebaut und sich nie von diesen Strukturen distanziert. Er hatte wie Stalin bonapartistische Tendenzen (der Kronstädter Aufstand war durch seinen militärischen Führungsstil mit provoziert worden), und vertrat eine ähnliche rigorose Modernisierungsline wie Stalin ab 1928, da er von Anbeginn jegliches Bündnis mit den Bauern abgelehnt hatte.⁶⁸ Trotzki hat es versäumt, sich gegen Stalin zu stellen, solange er es noch konnte (Abosch 1990, G. Schäfer 1993). Er nahm ihn als Opponenten nicht ernst, sondern wandte sich stattdessen gegen Bucharin und andere (Trotzki 1924). Dies lag wohl daran, dass er im Prinzip nichts gegen Stalin einzuwenden hatte, sondern höchstens gegen dessen Person – aber auch das erst recht spät (Trotzki 1937). Der nachträglich inszenierte Kampf gegen Stalin ist als eine *nachholende* Revolte zu verstehen, die sich aufgrund fehlender prinzipieller Differenzen auf eine bloße Konkurrenz um Führungspositionen reduziert, auf eine grandios inszenierte, aber tragische welthistorische Personalposse also.

Trotzkis begriff die Sowjetunion als „degenerierten Arbeiterstaat“, also als strukturell richtigen Staat unter falscher Führung (Linden 1992, 60 ff.). Sein Beharren auf einer „Weltrevolution“ hatte vor allem das Ziel, die Verhältnisse dort zu seinen Gunsten zu beeinflussen. Auch der Versuch, aufbauend auf den von Trotzki geschaffenen Mini-Strukturen einer „Vierten Internationale“ eine unabhängige Linke aufzubauen, war von Anbeginn problematisch: solange sie sich auf Trotzki zurückführte, konnte sie sich weder politisch vom Modell der Sowjetunion, noch theoretisch vom technokratischen Naturalismus und Geschichts determinismus lösen. Eher noch hat das Wirken Trotzkis im Westen dazu geführt, die Marx'schen Gedanken weiterhin als messianische Geschichtsphilosophie,

67 Die Distanzierung von Stalin war für die westliche Linke überraschend schwierig. Schauprozesse und Hitler-Stalin-Pakt ließen zwar Zweifel aufkommen, doch die USA traten schließlich auf Seiten Stalins in den Krieg ein. Guibot 1997 beschreibt die Ablösung der linken Kunstszenen Amerikas von Stalin, cf. Bonde 1987, Diggins 1992, Lloyd 1997. Der Konflikt zwischen Kommunisten und 68ern in Frankreich drehte sich um die Lösung vom Stalinismus; noch die antimarxistische Welle der 1970er war eigentlich *antistalinistisch*. Wie Trotzki war auch Mao eine Ersatz Identifikationsfigur. Seine Glorifizierung in Teilen der europäischen Linken wirkt heute um so grotesker, als er dem terroristischen Regime nicht nur geistig verhaftet blieb wie Trotzki, sondern für die Massaker der Kulturrevolution *direkt* verantwortlich war (Koenen 1992). Solange er politische Macht besaß, schreckte auch Trotzki vor Massakern nicht zurück. In den 1990er Jahren gab es dann, im Zuge seiner Rehabilitierung, einen Bucharin-Boom (Hedeler 1993). Zur Alternative: Bahro 1977.

68 Zu Trotzki insgesamt siehe Deutscher 1972, Mandel 1979, Abosch 1990, Beilharz 1987, Bergmann 1993a, G. Schäfer 1993, Hedeler 1994 und Bourseiller 2002.

technokratischen Fortschrittsglauben und terroristische Wirklichkeitsblindheit hinzustellen; denn diese Merkmale des Marxismus-Leninismus trägt das Denken Trotzkis in potenziertter Form.⁶⁹ Auch ließ der Gedanke, mit Hilfe versprengter Splittergruppen eine „Weltrevolution“ anführen zu wollen, kaum eine Distanzierung vom Terrorismus erkennen.⁷⁰ Daher ist vielleicht verständlich, warum mehrere Staaten dem führenden Trotzkisten Ernest Mandel ein Aufenthaltsverbot aussprachen. Der Trotzkismus konnte einzig unter *Ablösung* von Trotzkis Ideen aus der sektiererischen Isolation herauskommen – wie in England und Frankreich, wo Teile der Linken trotzkistisch orientiert sind. Mit dieser Regionalität gaben sie gerade das Wesen des Trotzkismus, die Internationalität, auf.⁷¹

Eine weitere *theoriegeschichtliche* Episode blieben Mao und der „Dritte-Welt-Kommunismus“. Auch dieser wurde in der westlichen Welt als eine marxistische Alternative zum Stalinismus aufgegriffen. Um 1967 griff man provokativ den Maoismus auf, ohne die Tragweite zu ermessen, um die Dekolonialisierung marxistisch zu beschreiben. Angeregt durch Franz Fanon, imaginierte man sich auch in den westlichen Metropolen als eine marxistische „Großstadtguillera“. Im nachhinein muss man im westlichen Maoismus eine intellektuelle Spielerei mit dem Feuer sehen.⁷² Aufgrund seines Praktizismus, seines paradoxen studentischen Antiintellektualismus blieben aus dem westlichen Maoismus, abgesehen von der Orientierung auf die Dritte Welt, kaum theoretische Ansätze. Wie die übrigen nichtstalinistischen Linien führt er meist wieder auf Lenin zurück. Darum sei zuletzt die entscheidende theoretische Weichenstellung Lenins ausführlicher analysiert. Sie ist die ökonomietheoretische Grundlage der kommunistischen *Staatsfixierung*, welche bis zu Horkheimers „Primat der Politik“ und deren Folgen reichte: die Theorie des Imperialismus.

69 Bereits 1905 verkündete Trotzki: „Die ganze Geschichte – das ist eine große Maschine im Dienst unserer Ideale. Sie arbeitet barbarisch langsam, mit gefühlloser Grausamkeit, aber sie tut ihre Sache. Wir glauben an sie“ (nach Abosch 1990, 34; vgl. 164). Noch 1932 forderte Trotzki in ungetrübter Technikgläubigkeit, der Mensch müsse „sich selbst in Arbeit nehmen, in den Mörser, in die Retorte des Chemikers“ (nach Abosch 1990, 117, vgl. 133 und 137).

70 Gegen Kautsky und Luxemburg nach 1918: Trotzki 1920, Lenin 1920, Lübbe 1980.

71 Gedanken konnten sich hier immerhin unabhängiger entwickeln als unter der Ägide Moskaus. Autoren wie Bensaïd oder Callinicos sind dem trotzkistischen Flügel zuzurechnen, welcher in Form der IV. Internationale und Parteien wie der britischen Socialist Workers Party noch immer existiert. Zum Trotzkismus vgl. Beilharz 1987, Callinicos 1991, Cliff 1999, Koenen 2001, 276 ff.; Bourseiller 2002, Bensaïd 2002. Zu Trotzki auch 3.4.2, zu Mandel 2.3.2.

72 So urteilen Koenen 2001 sowie Joscha Schmierer und Christian Semmler – die es wissen müssen – in ihren Beiträgen zu Landgrebe 1998, 49 ff. und 133 ff., auch 88.

2.2.6 Systematische Kernpunkte III: Der Imperialismus

„Heute, in der Epoche des Finanzkapitalismus, ist das alles ganz anders.“ (Bucharin 1915, 133)

Der mangelnde Bezug des Stalinismus zu den Marx'schen Theorien provoziert die Frage, was eigentlich *theoretisch* zwischen Marx und Stalin lag.⁷³ Wie wir sahen, stammten viele dieser Schritte von Lenin. So verhält es sich auch mit der Höherbewertung des Staates, dem „Primat der Politik“ in Theorie und Praxis, der den Marxismus des 20. Jahrhunderts so sehr prägte, dass man sogar Sozialismus und Etatismus gleichsetzen konnte (J. Fischer 1992, 168ff.). Für Lenins Politisierung gab es sicher politische Faktoren wie das aggressive Auftreten der alten Imperien im Weltkrieg und die plötzliche Eroberung der Macht in einem dieser Imperien durch die Kommunisten.⁷⁴ *Theoretisch* hatte schon an der Wiege der deutschen Sozialdemokratie ein entschiedener Etatist gestanden: Lassalle, der zwischenzeitlich mit Bismarck korrespondierte, hatte ihr das Ziel eines „Staatssozialismus“ auf den Weg gegeben. Diese Frucht war im Laufe der Jahre aufgegangen.⁷⁵ Die Strategie hatte seit Marx darin bestanden, zunächst mit dem Bürgertum eine demokratische Republik zu erkämpfen, oder notfalls an Stelle seiner.⁷⁶

73 Eine Stalinbiographie aus dem Kalten Krieg bemerkt: „Die Konvulsionen, in die er sein Land trieb, hatten wenig mit der marxistischen Theorie zu tun, in der er übrigens erstaunlich unwissend war“ (Payne 1965, 11). „Nichts weist darauf hin, dass er Marx gelesen hätte – seine Zitate sind immer nur die, die in Lenins Artikeln und Broschüren standen“ (93). „Das war es nicht, wofür Marx und Engels gearbeitet hatten“ (390). Hedeler 1994, 49-68 hinterfragt dieses Stereotyp, kommt aber am Ende zum selben Ergebnis (vgl. jetzt H. Löwe 2002).

74 Alle Großreiche außer Russland gingen in ihm unter: das deutsche und das osmanische Reich ebenso wie Österreich-Ungarn. England und Frankreich waren Gläubiger des alten Zarenreiches und bekämpften Lenin, der die Schulden annulliert hatte, 1918-1920 ganz offen militärisch. Diese beiden Demokratien konnten nach zweimaligen immensen Kriegsanstrengungen ihre Kolonien nicht mehr lange halten. Die eigentlichen Sieger beider Weltkriege waren die neuen Staaten, Sowjetrussland und die USA (cf. Gruber 1967, 90 ff.; Hobsbawm 1995).

75 „Ihre, der ärmeren Klassen große Assoziation – das ist der Staat“ (Lassalle 1863, in: 1987, 254). In der „Staatsidee des Arbeiterstandes“ ging es darum, „die einzelnen in den Stand zu setzen, [...] eine solche Stufe des Daseins zu erreichen, die sie als einzelne nie erreichen könnten“ (Lassalle: „Arbeiterprogramm“, in: 1987, 222). Bismarck setzte dies von oben durch. Ein „Staatssozialismus“ wurde vor Marx propagiert von John Gray, Proudhon und Rodbertus (cf. MEW 4, 564; MEW 26 III). Ein offener Lassallismus findet sich bei Schuhmacher 1920, später bei Helmut Schmidt. Nach Schneider 1992 „wären gerade die deutschen Sozialdemokraten gut beraten, in Sachen ‚Etatismus und Sozialismus‘ einmal ihre eigene Theorie-Geschichte kritisch unter die Lupe zu nehmen, anstatt [...] den Schwarzen Peter nun gerade an Marx und Engels weiterzuschieben“ (161, cf. 15, 23, 63, 152 ff.; 2.1.3, Fn. 48).

76 „Im Einklang mit den Thesen des Kommunistischen Manifests über die Transformation der bürgerlichen Revolution in eine proletarische hatte sich die deutsche Sozialdemokratie immer als Vollstreckerin der bürgerlichen Revolution gefühlt“ (Stephan 1974, 115). „In Deutschland kämpft die Kommunistische Partei, sobald die Bour-

Doch weil dieser Schritt in Deutschland lange nicht zustande kam, verschwand die Optik über ihn hinaus: man hielt an dieser „bürgerlichen Form“ nicht nur in der Opposition zum Kaiserreich fest, sondern auch noch, als man die lang ersehnte Macht schließlich *innehatte*. Die Staatsfixierung erhielt sich so an Marx vorbei.⁷⁷ Wenn seine Invektiven gegen die Staatsfixierung⁷⁸ schon bei den deutschen Genossen nichts fruchten, wie sollte das dann in Russland geschehen? Die zwei Stränge der Arbeiterbewegung unterschieden sich weniger in ihrer Beziehung zum Staat als in ihren *Vorstellungen* vom Staat. Die Bolschewiki setzten den feudalen „Staatssozialismus“ getreuer fort als die Sozialdemokratie, die inzwischen eher bürgerlich-liberale Vorstellungen übernommen hatte. Nun hielt sich Lenin viel auf seine Marxorthodoxie zugute: seine schlimmsten Schimpfworte lauteten „ehemaliger“ (Plechanow, Hilferding) oder „sogenannter“ Marxist (Struve) oder gar „Renegat“ (Kautsky). Sollte ihm da die Marx’sche Staatskritik entgangen sein? Keineswegs: es gibt im gesamten Marxismus kaum einen staatskritischeren Traktat als *Staat und Revolution* (Lenin 1917). Der Gedanke von Marx und Engels, dass der Staat als selbständiges Moment, das sich gegenüber der Gemeinschaft besondert und sich *über* diese stellt, „absterben“ werde, wenn seine Funktion allgemein, also von allen Bürgern wahrgenommen werde (MEW 17, 340; MEW 18, 634; MEW 19, 27; MEW 20, 262), findet sich auch hier.⁷⁹ Lenin erkennt sogar die Demokratie als notwendigen Durchgangspunkt an:

geoisie revolutionär auftritt, gemeinsam mit der Bourgeoisie gegen die absolute Monarchie, das feudale Grundeigentum und die Kleinbürgerei. Sie unterlässt aber keinen Augenblick, bei den Arbeitern ein möglichst klares Bewusstsein über den feindlichen Gegensatz zwischen Bourgeoisie und Proletariat herauszuarbeiten, damit die deutschen Arbeiter sogleich die gesellschaftlichen und politischen Bedingungen, welche die Bourgeoisie mit ihrer Herrschaft herbeiführen muss, als ebenso viele Waffen gegen die Bourgeoisie kehren können, damit, nach dem Sturz der reaktionären Klassen in Deutschland, sofort der Kampf gegen die Bourgeoisie selbst beginnt“ (MEW 4, 492 f.; MEW 7, 246 ff., Lenin 1905).

77 „Der Staat soll also aus einem auf Klassenherrschaft beruhenden Staat in einen Volksstaat verwandelt werden“ (Bebel 1886, 14). „Von den heute bestehenden gesellschaftlichen Organisationen gibt es nur eine, die den nötigen Umfang besitzt, dass man sie als Rahmen benützen könnte, um innerhalb desselben die sozialistische Genossenschaft zu entwickeln, dies ist der moderne Staat“ (Kautsky 1892, 119). „Der Staat wird der Hebel des Sozialismus werden“ (Renner 1918, 32). Kelsen 1920 begründet das mit historischem Vergessen sowie einer typisch deutschen etatistischen Neigung: „weil der Frage nach dem, was nach der Eroberung der politischen Macht durch das Proletariat geschehen [...] solle, lieber ausgewichen wurde, musste die Idee einer proletarischen Republik – auf deren Errichtung der politische Tageskampf [...] eingestellt war – das politische Denken so sehr erfüllen, dass die Möglichkeit einer anderen politischen Form [...] nicht eigentlich in ernstliche Erwägung gezogen wurde. Dazu kommt die aus der historischen Entwicklung [...] und aus der Eigenart des deutschen Volkstums [...] erklärende [...] Wertung der Staatsidee“ (95, zum deutschen Etatismus auch Schulz 2004).

78 MEW 3, 62 ff.; MEW 19, 13 ff.; MEW 22, 227 ff.; cf. Hennig 1974, Basso 1975, Röhrich 1980, Böhm 1998.

79 Kelsen (1920, 78 ff.) sah hier eine Nähe zum Anarchismus. Schon Marx machte ge-

„Die Demokratie ist im Befreiungskampf der Arbeiterklasse von gewaltiger Bedeutung. [...] Je vollständiger die Demokratie, um so näher der Zeitpunkt, zu dem sie überflüssig wird“ (Lenin 1917, 104, 108). „Marx lehrt uns [...] grenzenlose Kühnheit bei der Zerstörung der gesamten alten Staatsmaschinerie [...], und wir werden, wenn wir diesen Weg verfolgen, die völlige Vernichtung des Bürokratismus erreichen. Die Möglichkeit einer solchen Vernichtung ist dadurch gesichert, dass der Sozialismus [...] die Mehrheit der Bevölkerung in Verhältnisse versetzen wird, die *allen* ohne Ausnahme gestatten wird, ‚Staatsfunktionen‘ auszuüben. Das aber führt zum völligen Absterben jedweden Staates überhaupt“ (a.a.O., 124 f.).

An guten Absichtserklärungen herrscht also kein Mangel; allerdings ist dieses Werk bewusst für den Westen, in propagandistischer, nicht programmatischer Absicht verfasst worden. Woran immer die Diskrepanz von diesen Absichtserklärungen zu der gleichzeitig verkündeten Notwendigkeit radikaler und gewaltssamer politischer Maßnahmen gelegen haben mag, sie *spiegelt* sich in den genaueren Bestimmungen, die Lenin den Marx'schen Termini hier gibt.⁸⁰ Marx' Unterscheidung von Staat und Gesellschaft, an der bei ihm theoretisch sehr viel hängt,⁸¹ ist bei Lenin seltsam aufgeweicht, ja eigentlich gar nicht mehr zu finden:

„Die demokratische Republik ist die denkbar beste politische Hülle des Kapitalismus, und daher begründet das Kapital [...] seine Macht derart zuverlässig, derart sicher, dass *kein* Wechsel [...] diese Macht erschüttern kann“ (Lenin 1917, 16).

Lenin denkt intentionalistisch und schematisch; es gibt stets nur *eine* Möglichkeit. Marx (MEW 7, 43) dagegen hatte über die französische Verfassung gesagt:

„der Klasse, deren alte gesellschaftliche Macht sie sanktioniert, der Bourgeoisie, entzieht sie die politischen Garantien dieser Macht. Sie zwängt ihre politische Herrschaft in demokratische Bedingungen, die jeden Augenblick den feindlichen Klassen zum Sieg verhelfen und die Grundlagen der bürgerlichen Gesellschaft selbst in Frage stellen“.

Von dieser Kontingenz und Offenheit der Geschichte, von den inneren Spannungen einer gegebenen Konstellation bleibt bei Lenin nur pure, intendierte Herrschaft übrig. So sagt er: „Im Kapitalismus haben wir den Staat im eigentlichen Sinne des Wortes, eine besondere Maschine zur Unterdrückung einer Klasse durch eine andere“ (1917, 94). Die Trennung von Staat und Gesellschaft wird verwischt. Der Weg zur Lösung scheint einfach: eine ‚echte‘ Demokratie, also

gen Proudhon und später vor allem gegen Bakunin stark, dass gerade diese für ihre Ziele einen autoritären Staat brauchten, und dies nur deswegen verhehlten, weil sie sich für eine theoretische Durchdringung nicht interessierten (MEW 18, 345 u.ö.).

80 Man mag die sich überstürzenden Ereignisse ins Feld führen, die die guten Absichten zunichte gemacht hätten – allerdings war Lenin in diesen Ereignissen selbst einer der eiligsten Akteure. Die Diskrepanz wurzelt auch in der Stellung Lenins zur „Doppelherrschaft“ der Februarrevolution, der von Kadetten beherrschten provisorischen Regierung sowie dem menschewikisch dominierten Sowjet. Lenin sagte nach seiner Rückkehr im April diesen ‚bürgerlichen‘ Organen den Kampf an; das überraschte sogar die Bolschewiki (Weber 1970, 109 f.).

81 MEW 1, 323 f., 361, 388; MEW 19, 28; Basso 1975, 10 ff.; Coletti 1974, 219 ff.

eine politische Veranstaltung, kann zugleich die gesellschaftlichen und ökonomischen Probleme lösen. Das Primat ist umgedreht. Dies ist möglich, weil sie gar nicht erst unterschieden werden – Lenin spricht eigentlich *nur* von Politik:

„Wenn tatsächlich alle an der Verwaltung des Staates teilnehmen, dann kann der Kapitalismus nicht länger halten. [...] Alle Bürger werden Angestellte und Arbeiter eines gesamten Volk umfassenden Staatssyndikats [...] Die gesamte Gesellschaft wird ein Büro und eine Fabrik mit gleicher Arbeit und gleicher Entlohnung sein“ (Lenin 1917, 106 f.).

Auch hierin ist Lenin Erbe Kautskys. Schon in dessen Ankündigung, 25 Jahre zuvor, scheint der politische Erfolg eo ipso der soziale und ökonomische zu sein: „Wenn die arbeitenden Klassen im Staate die herrschenden geworden sind, wird der Staat aufhören, ein kapitalistisches Unternehmen zu sein“ (Kautsky 1892, 130). Für Lenin war Ökonomismus ein Schimpfwort, da die von den „legalen Marxisten“ geforderte Berücksichtigung der ökonomischen Voraussetzungen einer *sozialistischen* Revolution die russischen Sozialdemokraten zur politischen Untätigkeit, zum Abwarten verdammten würde (LW 21, 332). Später ist die Ausrede für das Bleiben, ja die Verschärfung der „Diktatur des Proletariats“, dass der Sozialismus zwar schon politisch, aber noch nicht ökonomisch gesiegt habe (ZK 1945, 340; schon Lenin 1919 hat eine „Epoche“ daraus gemacht). Man lernte also schmerhaft, diese Differenz wieder zu ziehen; von einem „Absterben des Staates“ war weit und breit nichts zu sehen. Man könnte anführen, dass der Politiker Lenin einem Land entstammte, in welchem der Kapitalismus und mit ihm die „bürgerliche Gesellschaft“ noch arg in den Kinderschuhen steckte, so dass es verzeihlich sei, dass er ihn vernachlässigt habe; zumal er ihn ja nicht studieren, sondern überwinden wollte. Allerdings *hat* er ihn ernsthaft studiert, und auch Wert darauf gelegt, als ökonomischer Theoretiker wahrgenommen zu werden (Lenin 1899). In seinem zweiten ökonomischen Hauptwerk (Lenin 1916) findet sich nun die *theoretische* Wurzel für die Politisierung gesellschaftlicher und ökonomischer Kategorien.

Von ähnlicher Tragweite wie die Funktionsveränderung der Diktatur des Proletariats war die Erklärung Lenins, „dass der Imperialismus das monopolistische Stadium des Kapitalismus“ sei (Lenin 1916, 729, cf. Basso 1975, 10 f.). Wider seine Intentionen bestätigte er damit eine These des von ihm bekämpften „Revisionisten“ Bernstein. Dieser hatte sinngemäß behauptet, der Kapitalismus sei seit Marxens Tod krisenfreier und beherrschbarer geworden. In einem System, das stetige Lebensverbesserungen verspräche, könnten sich die Arbeiter in mit dem bürgerlichen Staat aussöhnen. Zwar will Lenin sich gewiss nicht aussöhnen, schon gar nicht mit Bernstein, doch teilt er dessen Annahme eines „neuen Stadiums des Kapitalismus“. Die Beschreibung der Vertrustung, der veränderten Rolle der Banken und der Entwicklung zum Kolonialismus, ja sogar die Methode dieser Periodisierung ist ähnlich: dem als Beschreibung empirischer Verhältnisse gelesenen *Kapital* wird für den alten Kapitalismus volle Gültigkeit zugeschrie-

ben, aber nur, um ihn für die Gegenwart, die „neue“ Stufe, jene Gültigkeit abzusprechen.⁸² Sogar einen Termin glaubt Lenin festmachen zu können:

„Für Europa lässt sich die Zeit der *endgültigen Ablösung* des alten Kapitalismus durch den neuen ziemlich genau feststellen: es ist der Anfang des 20. Jahrhunderts“ (Lenin 1916, 23). „Weder Marx noch Engels haben die imperialistische Epoche des Weltkapitalismus erlebt, die erst in den Jahren 1898-1900 begonnen hat“ (Lenin 1916a, 791).

Dieser Schritt ist für einen Marxisten ungeheuer, da er die Gültigkeit der Marx'schen Theorie auf das 19. Jahrhundert einschränkt und Marx damit neutralisiert. Womit wird er begründet?

„Diese Verwandlung der Konkurrenz in das Monopol ist eine der wichtigsten Erscheinungen – wenn nicht die wichtigste – in der Ökonomik des modernen Kapitalismus“ (Lenin 1916, 20). „Die Ablösung der freien Konkurrenz durch das Monopol ist der ökonomische Grundzug, das *Wesen* des Imperialismus“ (Lenin 1916b, 784).

Über die Frage, welche Status diese „Verwandlung“ bei Lenin genau hat, sind lange Debatten geführt worden. Bei der Lenin eigenen schematischen Denkweise, die stets nur eine Möglichkeit sieht, ist sie zweifellos wörtlich gemein: der Bruch ist endgültig und umfassend, eben „epochal“:

„Die Konkurrenz wandelt sich zum Monopol“ (1916, 27). „Der alte Kapitalismus, der Kapitalismus der freien Konkurrenz [...] schwindet dahin. Er wird von einem neuen Kapitalismus abgelöst“ (42 f.). „Der alte Kapitalismus hat sich überlebt“ (49). „Der Kapitalismus ist zum Imperialismus geworden“ (24), welcher „das monopolistische Stadium des Kapitalismus ist“, (94). „Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus [...] hat sich in den Jahren 1898-1914 voll [...] herausgebildet“ (1916a, 785).

Die übrig gebliebenen Monopolisten haben in diesem neuen, höchsten und vorgeblich letzten „Stadium des Kapitalismus“ aufgrund der „Personalunion“ der Banken mit der Industrie“ (1916, 45) eine zuvor ungekannte Machtfülle. Es entsteht „ein bei freier Konkurrenz nicht gekanntes *Herrschaftsverhältnis*“ (30, Lenin zitiert hier Fritz Kestner), nämlich die „Herrschaft des Finanzkapitals“ (50). Dieses Wort zeigt die Herkunft der Leninschen Theorie an: „Das Finanzkapital will nicht Freiheit, sondern Herrschaft“, sagt Hilferding mit Recht“ (90).⁸³

Die ökonomischen Thesen, die Lenin hier nicht begründet, sondern nur mit herausgegriffenen Statistiken zu belegen versucht (Jordan 1974, 219), stammen von Rudolf Hilferding. In der Tat hat neben Hobson 1902 und Bucharin 1915 vor allem Hilferding, der Theoretiker des Austromarxismus, der mit seiner Antikritik an Böhm-Bawerk (1904) schlagartig berühmt geworden war, Lenin mit seinem Werk über das *Finanzkapital* (1910) die Vorlage geliefert. Dieses Werk stellt die Brücke zwischen dem Staatssozialismus der SPD und dem Etatismus Lenins dar. Doch was hat Hilferding genauer behauptet? Hilferding kannte seinen Marx recht gut, und so war er auch mit der steigenden organischen Zusammensetzung des

82 Ähnlich bereits Jordan 1974, 214 f. und Neusüß 1972, 32, 38, 45, 70, 93.

83 Lenin folgt hier Hilferding 1910, 462.

Kapitals vertraut (2.1.6). Das darauf aufbauende Narrativ war in aller Kürze das folgende: Mit dem höheren Anteil am fixen Kapital wird es nach Hilferding zunehmend schwieriger, Kapital zu transferieren, da dieses eben festliegt. Dadurch wird der Ausgleich der Profitrate (MEW 25, 182), ein Grundmechanismus der Konkurrenz, erschwert. Die Banken, die dies durch eine Kreditvergabe beheben könnten, haben nach Hilferding kein Interesse an einer Konkurrenz unter Unternehmen, die bei ihnen verschuldet sind, weil diese bei einem Firmenbankrott Geldkapital verlieren könnten – und ein Bankrott ist in der unbarmherzigen kapitalistischen Konkurrenz durchaus nichts besonderes. Daher versuchen sie, diese Unausgewogenheiten durch ein „Bankmonopol“ zu befestigen.

Um dieser ungeheuren Marktmacht zu begegnen, werden sich auch seitens des industriellen und Handelskapitals Kartelle und Trusts bilden. Aber zu diesen Fusionen braucht es wiederum Geld. Auf diese Weise erhalten die Banken immer mehr Macht über die Industrie, sie verschmelzen schließlich mit dieser zum „Finanzkapital“, und so entsteht schließlich die berühmte „Personalunion“ (K.Kim 1999, 113). Diese könne so weit gehen, dass es schließlich nur noch ein einziges „Generalkartell“ gebe (Hilferding 1910, 318). Schon Hilferding also hat den Kapitalismus in seiner „jüngsten Entwicklung“ (so der Untertitel) zum monolithischen Block erklärt,⁸⁴ welcher von der ökonomischen Dominanz wieder direkt zur *politischen* Herrschaft übergeht:

„So erlischt im Finanzkapital der besondere Charakter des Kapitals. Das Kapital erscheint als einheitliche Macht, die den Lebensprozess der Gesellschaft souverän [!] beherrscht“ (320). „Das Finanzkapital in seiner Vollendung bedeutet die höchste Stufe ökonomischer und politischer Machtvollkommenheit [!] in der Hand der Kapitaloligarchie. Es vollendet die Diktatur der Kapitalmagnaten“ (518; vgl. Marx, MEW 23, 655 f.).

Dies verändert die Rolle der Politik im Kapitalismus erheblich: die Konkurrenz zwischen den Kapitalisten hat sich in diesem Denken gewissermaßen nach außen gestülpt: nicht mehr einzelne Kapitalisten treten gegeneinander an, sondern national geeinte Blöcke von Monopolen. So erklärt Hilferding die Geburt des Imperialismus aus dem Geist des Finanzkapitals (509).⁸⁵ Bucharin, der Lenin erst zu seinem Imperialismusbuch anregte,⁸⁶ hat diesen Gedanken durch Überspitzung auf den Punkt gebracht: „Der Kapitalismus hat versucht, seine eigene Anarchie dadurch zu überwinden, dass er ihr die eiserne Fessel der staatlichen Organisati-

84 Die Tendenz zum Generalkartell zeigt sich darin als ‚verwirklicht‘, dass „ein revolutionäres Konzept auf die Eroberung der ‚6 Berliner Großbanken‘ gestützt werden kann“ (Stephan 1974, 113; Hilferding 1910, 514). Auch Gramsci dachte übrigens in monolithischen „Blöcken“. Für ihn waren sie geistig – durch Hegemonie – geeint.

85 Hilferdings Imperialismustheorie ist älter als die von Luxemburg. Der Zusammenhang liegt in den Reproduktionsschemen, deren Stabilität Luxemburg nicht akzeptieren wollte, da sie ihr zu affirmativ schienen (2.1.5).

86 Im Schweizer Exil hat Lenin Bucharins Manuskript gelesen, welches ihn zuerst zu einem Vorwort (in: Bucharin 1915), dann zu seiner eigenen Abhandlung zum Imperialismus anregte (siehe Jordan 1974, 212 ff.; R. Kraus 1991).

on anlegte. Indem er aber die Konkurrenz innerhalb des Staates aufhob, ließ er alle Teufel im internationalen Kampf los“ (Bucharin 1915, 191).

Wenn die Machtstrukturen im Inneren derart verändert sind (der Staat ist *jetzt erst* zum Instrument der herrschenden Klasse geworden, Hilferding 1910, 463), so muss sich auch die Optik der Partei der Arbeiterklasse wandeln. Den „Primat der Politik“ leitet Hilferding so ein: „Die offenkundige Besitznahme des Staates durch die Kapitalistenklasse zwingt unmittelbar jedem Proletarier das Streben nach Eroberung der politischen Macht auf“ (1910, 515). Die Politisierung des Kapitalismus erzwingt die Politisierung der Arbeiterschaft. Auf Lenin, der nach dem Kriegseintritt der europäischen Sozialisten verzweifelt war, muss Hilferding's Buch wie ein Rettungshalm gewirkt haben. Denn aus seiner Analyse ergibt sich: wo die Gefahr wächst, da wächst das Rettende auch.

„Schafft so das Finanzkapital organisatorisch die letzten Voraussetzungen für den Sozialismus, so macht es auch politisch den Übergang leichter“ (Hilferding 1910, 514).

„Der Sozialismus hört auf, ein ‚Endziel‘ zu sein [...] und wird zu einem wesentlichen Bestandteil der unmittelbar praktischen Politik des Proletariats“ (513).

Zwar unterschieden sich die Ausrichtungen der politischen Machtergreifung: Hilferding wurde später sozialdemokratischer Finanzminister zur Zeit der Weltwirtschaftskrise 1929, Lenin dagegen für fünf Jahre Revolutionsführer. Beide aber trauten der Politik hinsichtlich der Gestaltung von Wirtschaft und Gesellschaft sehr viel zu. Die Ratio dieses Glaubens liegt in der Vermengung von Politik und Ökonomie – hier noch einmal in den Worten von Bucharin: „Als der größte Teilhaber des staatskapitalistischen Trusts ist der moderne Staat seine höchste und umfassendste Instanz. Daraus entspringt seine gewaltige, fast ungeheuerliche Machtfülle“ (Bucharin 1915, 144).⁸⁷ Die Transformation des Monopolkapitalismus in den Sozialismus hat man sich somit recht einfach vorgestellt – sogar Hilferding forderte dazu die „Diktatur des Proletariats“ (1910, 518). Durch die historische Periodisierung glaubte man „dialektisch“, dem Endziel gerade durch die Niederlage schon einen Schritt näher gekommen zu sein:

„In seinem imperialistischen Stadium führt der Kapitalismus bis dicht an die allseitige Vergesellschaftung der Produktion heran, er zieht die Kapitalisten [...] ohne ihr Wissen und gegen ihren Willen in eine Art neue Gesellschaftsordnung hinein, die den Übergang von der völlig freien Konkurrenz zur vollständigen Vergesellschaftung bildet“ (Lenin 1917, 28). „Der Sozialismus ist nichts anderes als staatskapitalistisches Monopol, das

87 Zwar gebe es nach Bucharin 1915 in der „neuesten Phase des Kapitalismus“ (103) auch internationale Kartelle (54 ff.), der Haupttrend aber sei die „Nationalisierung“ des Kapitals“ (86): „Das Finanzkapital schlägt das gesamte Land in eiserne Fesseln. Die ‚Volkswirtschaft‘ verwandelt sich in einen einzigen gewaltigen kombinierten Trust“ (131). Bucharin ist deswegen so schnell mit der Deutung bei der Hand, weil er dringend etwas bestimmtes ‚erklären‘ will – den Krieg: „Der Krieg ist ein Mittel der Reproduktion bestimmter Produktionsverhältnisse. Der Eroberungskrieg ist ein Mittel der erweiterten Reproduktion dieser Verhältnisse“ (214).

zum Nutzen des ganzen Volkes angewandt wird und dadurch aufgehört hat, *kapitalistisches* Monopol zu sein“ (LW 25, 369).

War im „alten“ Stadium durch die empiristische Lesart die politische Handlungsfähigkeit aufgrund eines übermächtigen ökonomischen Determinismus aus dem Blickfeld geraten („So ist der Materialist ein Calvinist ohne Gott“, Bernstein 1899, 32), so wird jetzt, im „neuen Stadium“, die politische Handlungsfähigkeit regelrecht *beschworen*. In der Imperialismustheorie kehrt die Kategorie der „Herrschaft“ wieder, deren „buntscheckige Feudalbande“ für Marx bereits in nackte ökonomische Sachzwänge aufgelöst waren (MEW 4, 463); ebenso die Willkür der Monopolinhaber und der von ihnen bestochenen Opportunisten („Schmeichelei, Lüge, Gaunerei“, Lenin 1916a, 797) – nachdem Marx bereits darauf verzichtet hatte, „den einzelnen verantwortlich [zu] machen für Verhältnisse, deren Geschöpf er sozial bleibt“.⁸⁸ Damit führt Lenin ein intentionales Moment in seine Analyse ein: statt mit ökonomischen Bedingtheiten habe man es mit der *Bösartigkeit* der Menschen zu tun, die auch entsprechend geahndet wird. Dem Abbruch an wissenschaftlicher Rationalität entsprach ein Zuwachs an identitätsstiftender Gewissheit, auf der richtigen Seite zu sein: „Die Lehre von Marx ist allmächtig, weil sie wahr ist“ (LW 19, 3). Im gleichen Zug, wie die ökonomische Theorie von Marx als historisch erledigt betrachtet wurde, steigerten sich die politischen Möglichkeiten auch der Kommunisten ins scheinbar Schrankenlose.⁸⁹ Lenin hat Marxens Intention, zur Anleitung des politischen Handelns eine wissenschaftliche Kritik der politischen Ökonomie zu treiben, verwandelt in eine „politische Theorie“ (Fetscher 1986, 1987; Kraiker 1977, 2000; Stammer 2001), die sich von rationalen und kritischen Standards in ähnlichem Maße losgesagt hat wie viele der zeitgleichen bürgerlichen – meist kriegstrunkenen – Tendenzen.

Diese Konstellation, das theoretische „Primat der Politik“ (siehe Lieber in 2.2.4), wird noch öfters begegnen. An dieser Stelle ist zu fragen, was ein Vergleich mit der Theorie von Marx aussagt. Hier fällt zunächst die Frage des evolutionären „Übergangs“ ins Auge. Schon der alte Engels hatte vom „Monopolkapital“ und der Möglichkeit eines solchen Übergangs gesprochen; auf Briefe des späten Engels hatte sich schon Bernstein (1899, 34) berufen.⁹⁰ Auch Marx kannte eine „Finanzaristokratie“ (MEW 25, 454) und „Bankokratie“ (MEW 7, 24; MEW 23, 752, 783), ja er hat sogar den Aktiengesellschaften zugesprochen, „Über-

88 Lenin 1916, 666; MEW 23, 16. Zur Schuldanrechnung Einzelner Borkenau 1952, 49.

89 Wohl darum hat Lenin auf den Vorwurf von Plechanow, der Bolschewismus habe einen „subjektiven Idealismus“ zur Grundlage, so überaus heftig reagiert – die Wahrheit schmerzt ja oft am meisten (cf. Fn. 49).

90 Etwa: „die altgerühmte Freiheit der Konkurrenz ist am Ende ihres Lateins und muss ihren offenbaren skandalösen Bankrott selbst ansagen. Und zwar dadurch, dass in jedem Land die Großindustriellen eines bestimmten Zweigs sich zusammentun zu einem Kartell zur Regulierung der Produktion. [...] So ist in diesem Zweig [der Chemie in England, CH] die Konkurrenz durch das Monopol ersetzt und der künftigen Expropriation durch die Gesamtgesellschaft, die Nation, aufs erfreulichste vorgearbeitet“ (Engels, MEW 25, 453 f.).

gangsformen“ zur Vergesellschaftung zu sein (MEW 25, 456). Doch er gab sich deswegen keinen Illusionen über ein neues Stadium hin, in dem die Siege leichter fallen würden, weil man es nur noch mit *einem* Gegner zu tun haben würde: dem politisch-ökonomischen Kartell („Komplex“), welches den Sozialisten dankenswerterweise zuarbeitet, indem es protosozialistische Institutionen schafft und die Zahl der zu bekämpfenden Ausbeuter auf ein Minimum verringert. Nach Marx hat man es vielmehr mit einer tiefstzündenden Struktur zu tun, die überall und alltäglich in der Reproduktion neu vollzogen wird, die sich über das Recht bis in die Politik und Kultur zieht, sich dabei aber so vielfach bricht, dass sie mit der einfachen politischen Strategie der Machtübernahme an einigen zentralen Punkten kaum zu überwinden ist. Eine solche hätte er zwar nicht abgelehnt – dafür war er zu sehr Revolutionär. Doch die Frage ist, inwiefern sich diese Politik auf Marx *berufen* konnte. Der Widerhaken an Marx ist, dass er nicht nur den Kapitalismus unbarmherzig analysiert hat, sondern auch die sozialistischen Vorstellungen von einer besseren Welt und darauf gegründete politische Strategien. Hilferding und Lenin gehen mit diesem Erbe recht leichtfertig um. Sie übernehmen von Marx nur, was sie kurzfristig brauchen können (hier die Konzentration und Zentralisation des Kapitals; MEW 23, 654; Shaikh 1983d), und betrachten den Rest als historisch erledigt. Dies liegt weniger an ihrer „historischen“ *Kapital-Lesart*⁹¹ als vielmehr an sachlichen Missverständnissen der politischen Ökonomie.

Theoretisch gründet diese Politisierung in der Lesart der Reproduktionsschemen und der darauf basierenden Krisentheorie (2.1.5). Für Hilferding stellt die erweiterte Reproduktion kein Problem da, da die Marx’schen Schemen gezeigt hätten, dass „jede Ausdehnung möglich“ sei, „wenn nur diese Proportionen erhalten bleiben“ (Hilferding 1910, 344, vgl. 325). Damit missdeutet er Marx’ abstraktes Modell als *direkte* Aussage über die Wirklichkeit („Der schematischen Darstellung entspricht die Wirklichkeit vollkommen“, 25). Er ontologisiert das Modell (Rosdolsky 1969, 546). Es sei die Aufgabe des Staates, für die Einhaltung der Proportionen zu sorgen. Das ist Hilferdings „bewusste Regelung“ der Produktion (1910, 2), die im „Generalkartell“ schon vorliege, wenn auch erst „in antagonistischer Form“ (319). Bei Marx sind die richtigen Proportionen zu *keinem* Zeitpunkt eingehalten, oder wenn, dann nur als zufälliges Durchgangsstadium. Sie regulieren sich über die Zeit in einem krisenhaften Prozess selbst. Ihr Sein *ist* die Krise, gerade auf diese Weise setzen sie sich durch. Hilferding zerreißt diesen Zusammenhang: bei ihm gibt es entweder Krise *oder* Regulation.⁹²

Hängt das Wohl der Wirtschaft aber an diesem einen Punkt, an der Proportionalität zum gegebenen Zeitpunkt x, so erscheint es als leicht, diese mithilfe einer politischen Regulation herzustellen – schließlich wäre dies im Interesse aller Kapitalisten. Es fragt sich nur, warum sie nicht schon längst hergestellt ist.

91 Zur „logisch/historisch“-Debatte der 1970er Jahre Kittsteiner 1977, Rakowitz 2001.

92 „Die Krisenmöglichkeit entspringt zwar schon aus der Möglichkeit der ungeregelten Produktion, [...] aber ihre Wirklichkeit nur aus einer ungeregelten Produktion“ (Hilferding 1910, 325; 358 etc.).

Hilferdings Antwort lautet, dass eben dies der Fall ist. Hier begegnet erneut das Überspringen der Logik der Gesellschaft. Wenn überhaupt, dann wäre eine solche „Regulation“ nur für die Gesamtwirtschaft möglich – welche aber gerade nicht als handlungsfähiges Subjekt konstituiert ist; sie bedürfte großer Machtmittel, um solche Beschlüsse zu fassen und gegen den Willen der Einzelnen durchzusetzen, und sie wäre nur von kurzer Dauer, weil auch sie den Absatz der Produkte nicht vorhersagen kann. Sie würde ähnliche Fehlallokationen verursachen wie die anarchische Selbstregulierung (und würde erzwingen, auch noch den Konsum zu regulieren, etwa über Lebensmittelkarten). Die Behauptung einer Regulation bedürfte einer aufwendigen Beweisführung. Bei Hilferding dagegen beruht sie auf einer theoretischen Verdichtung komplexer und langfristiger ökonomischer Kräftegleichgewichte in simple politische *Befehle*, die keiner Vermittlungsinstanzen mehr bedürften, nicht einmal der des Geldes (1910, 318). Hilferding nimmt die äußere Erscheinungsweise der Kolonialstaaten, die recht gewaltlastig war, als Anzeichen dafür, dass sie auch diese ökonomische Meta-Funktion, die seine Interpretation des Marx'schen Modells vorsieht („bewusste“ Ausführung der ökonomischen Gesetze), *tatsächlich* ausführen. Dies ist aber keine theoretische Argumentation, sondern eine phänomenologische Suggestion.⁹³

Mit seiner Deutung der zeitgenössischen Beobachtungen als Manifestationen einer „neuen Logik“ des Kapitalismus macht sich Hilferding als Marxist von der Marx'schen Theorie frei.⁹⁴ Dadurch entgeht ihm, dass er erst aufgrund einer nachlässigen Rezeption derselben zu seiner Periodisierung kommt. So immuniert beispielsweise eine das *Geld* betreffende Nachlässigkeit seinen Ansatz in einem Zirkel: durch die getrennte Behandlung von „Geld und Ware“ (Hilferding 1912, vgl. Wolf 1980) kommt er zu neuen Bestimmungen (etwa die „gesellschaftlich notwendige Zirkulationsmenge“, 1910, 33; cf. 2.3.5), und die daher ein „neues Stadium“ nahelegen. Dieses neue Stadium wiederum rechtfertigt es erst, Geld und Ware getrennt zu betrachten.⁹⁵ Ein näheres Hinsehen zeigt allerdings,

93 Hilferding macht eine „aus einer konkreten Einschätzung eines bestimmten Staates in einer historischen Situation ableitbare These [...] durch ihren Einbau in die Ebene der Marx'schen Kapitalanalyse zum Bestandteil einer allgemeinen Theorie über die Entwicklung des Kapitalismus“ (Stephan 1974, 114). „Theoriebildung aus Verallgemeinerungen gesellschaftlicher Erscheinungen steht u.a. in der Gefahr, aktuelle Erscheinungen überzubewerten“ (Jordan 1974, 216). Hilferding ist „postmodern“: er arbeitet statt mit Argumenten mit „Narrativen“. Dieser Zug hält sich durch: weitere „Phasen“, die aufgrund einiger assoziativ gedeuteter äußerer Erscheinungen ausgerufen wurden, waren Fordismus sive Regulationismus und Postfordismus sowie die postindustrielle, Dienstleistungs- oder Wissensgesellschaft (2.4.1, Fn. 33). Noch die Globalisierungskritik greift teilweise auf Hilferding zurück (cf. Biermann 2001).

94 „Die Verwirklichung der Marx'schen Konzentrationslehre [...] scheint damit zur Aufhebung der Marx'schen Werttheorie zu werden“ (Hilferding 1910, 309; vgl. Kim 1999, 11).

95 Hilferding betrachtet nicht Waren- und Geldflüsse (W-G-W; G-W-G') isoliert von einander, sondern eigentlich nur den Geldfluss. Die Mystifizierung des „Kapitalfetisch“ (MEW 25, 405), die aus der isolierten Betrachtung des Geldes hervorgeht,

dass Hilferding auf eine Trennung von Waren- und Geldkreisläufen nicht aufgrund von Beobachtungen *schließt*, sondern dass sie zu den Grundannahmen seines Ansatzes gehören. Hilferding isoliert das Geld schon methodisch – er kümmert sich vorrangig um Geldmengen und Preise. Dass diese sich „abgekoppelt“ hätten, zeigt er nirgends.⁹⁶ Statt dessen rückt in die Theorie sehr schnell eine Politisierung ökonomischer Kategorien ein. Ist das Geld *theoretisch* nicht mehr an Bewegungen des Wertes der Geldware gekoppelt (1910, 49; cf. Stephan 1974, 120), so bleibt als regelnde Instanz nur noch der Staat übrig.⁹⁷

Zu dieser radikalen Neubewertung motivieren ihn einige äußerliche Beobachtungen.⁹⁸ Ähnliche Beobachtungen, wie sie Hilferding machte, konnte auch Marx schon machen – weder Konzentration noch Kolonialkriege sind Erscheinungen, die zwischen 1883 und 1910 plötzlich vom Himmel gefallen wären. Hilferding und Marx unterscheiden sich erst in der theoretischen Bewertung derselben. Eine unterschiedliche Bewertung ähnlicher Beobachtungen kann aber nur schwerlich die theoretische Annahme eines neuen realen Stadiums rechtfertigen. Die Abweichung Hilferdings von Marx liegt vielmehr im Auseinanderreißen von Störungen und normalem Fungieren, welche bei Marx *ein* Komplex sind.

wird von ihm keineswegs aufgelöst, sondern eher noch befestigt – etwa in seiner „Entdeckung“ des „Gründergewinns“ (1910, 120). Dieser kann auch von produktiven Kapitalisten eingenommen werden, die an die Börse gehen. Ein „Gründergewinn“ entsteht, wenn sich Aktien über ihrem Wert verkaufen. Dies ist möglich, wenn die Dividende höher ist als der übliche Zins – Aktien im Wert von 1000 Einheiten zu einer Dividende von 10 % sind doppelt so viel wert wie 1000 zu 5 % Zinsen. Also wird die Aktie für 2000 verkauft: es entsteht ein „Gründergewinn“ von 1000 (dem stehen allerdings Gründerverluste gegenüber, im Ganzen ist es ein Nullsummenspiel). Hilferding hat ihn keineswegs „entdeckt“; er entspricht Marx‘ „fiktivem“ Kapital (MEW 25, 485; Bottomore 1983, 100). Weiter fehlt Hilferding die Unterscheidung von Wert und Preis (so Stephan 1974, 122 f.; K. Kim 1999, 27), obwohl sich doch seine Böhm-Bawerk-Kritik genau darum drehte (Hilferding 1904). Bei Hilferding ist keine Abweichung des Preises vom Wert möglich, da die Waren direkt einen Teil der gesellschaftlichen Arbeitszeit darstellen (1910, 18).

96 Hilferding spricht von der „Loslösung und Verselbständigung dieser [finanzkapitalistischen, CH] Prozesse gegenüber der Bewegung des industriellen und kommerziellen Kapitals“ (Hilferding 1910, XLII). „Ohne entgegenwirkende Prozesse, die schon in der Marx'schen Analyse enthalten sind, einzubeziehen, unterstellt er, dass in der Zirkulation die Produktion beeinflusst werden oder gesteuert werden könnte“ (Schimkowsky 1974, 174; vgl. ähnlich Stephan 1974, 126, 132; K. Kim 1999, 11, 27, 123; Zoninsein 1990 und 2000).

97 Damit begründet Cora Stephan ihre These, Hilferding konzipiere mit seiner „Geldtheorie“ eigentlich eine Staatstheorie (1974, 135), und zwar, um damit die politische Strategie der Sozialdemokratie theoretisch zu flankieren (114, 118 u.ö.). „Die Organisation der Zirkulationsphäre soll dem Staat erlauben, in der Herrschaft über ihre dinglichen Erscheinungsformen die Widersprüche der Gesellschaft selbst in den Griff zu bekommen. Damit ist der Staat das Subjekt des Übergangs zum Sozialismus“ (137, ähnlich K. Kim 1999, 123; Smaldone 2000, 74).

98 So die Dominanz des Staatspapiergebeldes über die Goldmünze; keine wirkliche Neuheit gegenüber Marx (cf. MEW 13, 95).

Abgesehen von möglichen politischen Intentionen, lässt sich die andere Bewertung ähnlicher Erscheinungen auf den veränderten theoretischen Bezugsrahmen zurückführen. Phänomene, die Hilferding als *Abweichung* von dem Kapitalismus der „reinen Konkurrenz“ bewertet (Konzentration und Zentralisation des Kapitals sowie unterschiedliche Profitraten in verschiedenen Industrien), sind bei Marx gerade Merkmale derselben. Die „Konzentration und Zentralisation des Kapitals“ wird durch die Konkurrenz erzwungen, diese wird durch jene daher gerade nicht aufgehoben, sondern bestätigt (Shaikh 1983d). Hilferding kommt deswegen zu einer anderen Auffassung, weil *seine* Konzeption der Konkurrenz, die mehr der neoklassischen als der Marx'schen ähnelt, so etwas ausschließt.⁹⁹

Auch die neue Stufe des Monopols, welches im „Generalkartell“ das vorherrschende Charakteristikum sei, hat eine harmonistische Schlagseite, die mit Marx nichts mehr zu tun hat: unter ihm „wird das Streben nach Gewinnmaximierung offenbar sinnlos“ (Hofmann 1979, 186). Dahinter steht erneut die neoklassische Theorie, die die Firmen als passiv konzipiert. „Kriterium des Erfolgs wird nun der Güterausstoß allein. Dies ist aber das Prinzip sozialistischer Wirtschaftsführung“ (a.O.). Sogar das Geld scheint überflüssig: „Das Geld spielt dann keine Rolle. Es kann völlig verschwinden, da es sich ja um Zuteilung von Sachen handelt [...] und nicht von Werten“ (Hilferding 1910, 318 f.). Alles dies im Kapitalismus – wie ihn die Neoklassik malt (zur Geldlosigkeit derselben Heinrich 2001, 68 ff., 251; 2.3.5). Es sieht so aus, als brauche es nur geringe Umwandlungen, um zum Sozialismus zu kommen. Die politischen und ökonomischen Umwälzungen, die nach Marx nötig wären (MEW 25, 453, 621), fehlen einfach.

Ebenso unterstellen die Partien über den „Ausgleich der Profitraten“ fälschlich, dass diese bei Marx zu jedem Zeitpunkt *gegeben* wäre, so dass eine momentane Ungleichverteilung sogleich als eine generelle Abweichung vom Konkurrenzkapitalismus gewertet wird.¹⁰⁰ So etwas gibt es auch bei Marx – gerade in

99 „In Hilferding's concept of competition, emphasis is laid on the existence of a large number of small firms, the absence of collusion, and the free mobility of capital among the various industrial activities. No thought is given to the time to make this mobility feasible. Each individual industrial firm plays a passive role (as a price taker) in the process of price determination. As a consequence, Hilferding abandons the notion of competition as a struggle in which individual capitals act offensively. Once this trivial conception of competition is mistaken for a Marxian interpretation, a number of phenomena of competition, which are necessary in light of Marx's theory – begin to be viewed by Hilferding as part of a process of generalised monopolisation“ (Zoninsein 2000, 278).

100 Nach Marx sorgen unterschiedliche Durchschnittsprofitraten in verschiedenen Industrien dafür, dass Kapital von einer weniger profitableren in die profitablene Industrie abwandert. Dies erzeugt eine Tendenz zum Ausgleich der Profitraten. Diese müssen zu keinem Zeitpunkt *wirklich* gleich sein, da ständig neue Produktionsmechanismen entwickelt werden, die wieder andere Industrien profitabler machen, und weil Hindernisse in der Bewegungsfreiheit des Kapitals auftreten (etwa längere Umschlagszeiten, Kapitalverkehrskontrollen – wie sie neuerdings von Attac gefordert werden –, natürliche Monopole o.ä.; vgl. MEW 25, 182 ff.). Für Schimkowsky

den permanenten Ungleichverteilungen wirkt sich ja die Tendenz zum Ausgleich aus. Hilferding zerreißt den Zusammenhang. Er kommt deswegen zu einer Epocheneinteilung von freiem Konkurrenz- und machtbeherrschten Monopolkapitalismus, weil er das Marx'sche Modell der Konkurrenz mit dem neoklassischen kurzschießt. Abweichungen von *diesem* harmonischen Modell werden als eine neue Stufe interpretiert, die allerdings wiederum harmonisch ausgelegt wird.

Ist diese Weichenstellung einmal erkannt, lassen sich Hilferdings einzelne Belege für größere Machtballungen, die eine freie Konkurrenz verunmöglichen, leicht widerlegen.¹⁰¹ Mit Hilferdings fehlerhafter Ausrufung einer neuen Stufe des Finanzkapitals fallen auch die *theoretischen* Argumente für die Periodisierung, der sich Lenin bedient, um seinen Primat der Politik zu begründen. Die „letzte Phase“ des Kapitalismus war weder die des „monopolistischen“, primär herrschaftsgebunden, noch des „parasitären oder faulenden“,¹⁰² also stagnierenden, noch die des „sterbenden“, vor seinem Zusammenbruch stehenden Kapitalismus (Lenin 1916a, 784). Besonders diese letzte Bestimmung musste im Laufe der KomInternpolitik mehrfach korrigiert werden.¹⁰³ Der Monopolkapitalismus allerdings wurde beibehalten und zum „Staatsmonopolkapitalismus“ erweitert.¹⁰⁴

unterliegt Hilferding dem „Irrtum, der im Kapital dargestellte Ausgleichsprozess der Profitraten sei als Modell eines funktionierenden Konkurrenzkapitalismus zu verstehen. Er sieht deshalb die Notwendigkeit, dieses ‚Modell‘ durch Einbeziehung neuerer Erscheinungsformen der Realität anzunähern“ (1974, 179).

101 So die These der Bankenherrschaft: „Nur ein relativ geringer Teil der Kreditschäfte der Bank vermittelt [...] einen Kredit, der tatsächlich der Erweiterung der Produktion dient“ (Stephan 1974, 130). Hilferding neigt dazu, „alles Bankierskapital für anlagefähiges Leihkapital zu halten. Dadurch wird die Einflussmöglichkeit der Banken auf die Produktion maßlos überschätzt“ (a.O., 131). „However, there is no theoretical or empirical support for the notion that the liquid form of money-capital would provoke bank domination“ (Zoninsein 2000, 283). „Gegen Hilferdings Theorie von der beherrschenden und planenden Macht des Finanzkapitals lassen sich nicht zufällig genau jene Argumente wenden, mit denen Marx die übersteigerten Vorstellungen der Saint-Simonisten vom Bankwesen kritisierte“ (Hardach 1975, 80; vgl. MEW 25, 630; auch in MEW 13, MEW 26, MEW 42; zur ‚Macht der Banken‘ Kotz 1978, Ronge 1979, Pohl 1993, Barth 1995). Es gab zu Hilferdings Zeiten wie noch heute das totgesagte Geld, den Konkurrenzkampf über Preissenkungen etc. Aus diesem Grunde ist das Buch Finanzkapital nur noch historisch wichtig – inhaltlich wird es kaum rezipiert (Biermann 2001).

102 Diese Beobachtung ging davon aus, das die Mehrheit der Kapitalisten nur noch von Zinseinkünften lebe, also zu bloßen „Kuponschneidern“ geworden sei (vgl. Bucharin 1926a, auch Veblen 1912, Burnham 1941).

103 Ging die KI noch 1919 von einem „letzten Gefecht“ aus (Protokoll 1921, 171), so sprach man 1925 von einer „relativen Stabilisierung“. Stalin löste die KomIntern 1942 ganz auf und installierte nach dem Kriege betont nichtkommunistische „Volksdemokratien“ (vgl. Lieber 1963, 279-352; Hardach 1975, 97-103).

104 Dies geschah erst Mitte der 1950er Jahre, in der DDR vor allem in Werken von Kurt Zieschang (synoptisch Zieschang 1967 oder Lehrbücher wie Autorenkollektiv 1971; IMFS 1972; Becher 1976 etc. Dazu Wirth 1972; Ebbinghaus 1974, darin Winkelmann, 45-97; Huffschnid 1975, Hardach 1975, 119-130; G.Krause 1998).

Dieser Begriff stellt wenig mehr dar als eine flickschusterlich aufrechterhaltene Imperialismusanalyse, in der die Verzögerung der Naherwartung der Komintern mit Staatsinterventionen „erklärt“ wird.¹⁰⁵ Die Theorie wurde, nach Verfügungen von Stalin (1952), zunächst von Eugen Varga und anderen ausgearbeitet, und in den 1960er Jahren dann zur offiziellen Theorie des Marxismus-Leninismus erhoben. Die Residualkategorie des Staates war ein *deus ex machina* (Hardach 1975, 129). Marxistische Kritiker dieser Konzeption konnten darum zu recht einfordern, dass die Rolle des Staates selbst noch ökonomisch eingeholt werden müsse (Neusüß 1972; auch Tristam 1974, 135). Nicht zuletzt aus diesem Grund brach in den 1970er Jahren eine Debatte um die marxistische „Staatsableitung“ los, die hier nicht mehr interessiert, von der allerdings klar sein muss, dass ihre Voraussetzung Lenins Imperialismusanalyse und der hoffnungslose Versuch ihrer Aufrechterhaltung im Leninismus war – selbst noch in den *direkten* Rückgriffen auf Marx, die *gegen* den Leninismus gerichtet waren.¹⁰⁶

Auch weitere zentrale theoretaktische Züge Lenins hängen an seiner Imperialismustheorie. Da ist zunächst seine Erklärung dafür, dass die westeuropäischen Arbeiter nicht seine Revolutionspläne erfüllten – die These von der bestochenen Arbeiteraristokratie. Nach Auffassung Lenins wurde diese aus dem monopolistischen „Surplus“ bezahlt.¹⁰⁷ Einen solchen gibt es zwar in der bürgerlichen Theorie (etwa bei Hobson 1902), nicht aber bei Marx.¹⁰⁸

105 „Hatte der Kapitalismus [...] nur mit Hilfe der konzentrierten Gewalt der Staatsmacht zur Welt kommen können, so kann heute sein Untergang nur noch durch den immer konzentrierteren Einsatz der imperialistischen Staatsmacht verzögert werden“ (Becher 1976, 398). „Lenin hat die Phase des staatsmonopolistischen Kapitalismus in ihrer konkreten kriegswirtschaftlichen Erscheinung als Endphase des Kapitalismus konzipiert [LW 25, 395, 423]. Infolgedessen wird [...] der Begriff durch den Abbau der Kriegswirtschaft [...] inhaltlich ausgehöhlt“. Das Konzept der Endphase lässt sich „nicht ohne Verlust der theoretischen Substanz auf unabsehbare Zeit prolongieren [...] sie gilt für jede Situation nach 1917 und charakterisiert daher keine“ (Hardach 1975, 96; cf. 119 ff.).

106 Flatow 1973, Gerstenberger 1973, Läpple 1973, Projekt Klassenanalyse 1973, Blanke 1974, Hennig 1974, Hirsch 1974, Hochberger 1974, Röhrich 1980 (2.3.3, Fn. 99). Internationale Staatsdiskussionen argumentierten konkreter (Miliband 1969, Anderson 1974, Basso 1975, Laclau 1977, Poulantzas 1978).

107 „Dadurch, dass die Kapitalisten [...] hohe Monopolprofite herausschlagen, bekommen sie ökonomisch die Möglichkeit, einzelne Schichten der Arbeiter [...] zu bestechen“ (Lenin 1916, 134, cf. 111, 114 u.ö.). Lenins These der „Arbeiteraristokratie“ stützt die Verelendungstheorie wider allen Augenschein, indem sie ihr eine Verschwörungstheorie als Supplement unterlegt: Das „Naturgesetz“ der Verelendung (2.1.1, Fn. 11) wurde flickschusterlich aufrechterhalten, indem die Verbesserung der Lebenslagen der Arbeiter in Westeuropa als bewusste politische Maßnahme seitens der Bourgeoisie interpretiert wurde, die nur eine herrschende Minderheit der Arbeiter betreffe und die Arbeiterbewegung entwaffnen solle. Für die machtlose Mehrheit der Arbeiter gelte das Gesetz der absoluten Verelendung weiterhin, wie auch aus Lenins Revolutionserwartung für Westeuropa ablesbar ist. Dies tradierte den deterministischen Fehlschluss und wertete Gewerkschaftsarbeit radikal ab.

108 Anschließend taucht sie bei Sweezy 1966 auf (Hardach 1975, 117, siehe in 2.3.3).

Erneut liegt hier eine kurzschlüssige Politisierung ökonomischer Kategorien vor – oder vom Sein, nicht vom Denken her gesprochen: eine ökonomietheoretische Einkleidung eigentlich *politischer* Entscheidungen (hier eine Absage der Bündnispolitik mit gemäßigten Parteien). Im Bedarfsfalle konnte sie auch wieder zurückgenommen werden. Theorie und Praxis sind hier amalgamiert.

Lenins Erklärung dafür, dass die Revolution nicht in dem weitesten, sondern in dem am wenigsten entwickelten Land stattfinde, hängt ebenfalls an seiner Imperialismustheorie.¹⁰⁹ Selbst die *Planungsdebatte* der späten 1920er Jahre ging mit Hilferding von der Voraussetzung aus, das „letzte Stadium“ des Kapitalismus habe den Kommunisten bereits zentralisierte Strukturen überlassen, die es nur ein wenig anders zu nutzen gelte.¹¹⁰ Eine solche Zentralisierung wurde unter Stalin unter äußerster Gewaltanwendung allererst geschaffen. Insofern war die verfehlte Einschätzung des Kapitalismus im Leninismus nicht nur für den westlichen Marxismus, sondern auch noch für die „politische Ökonomie des *Sozialismus*“ verfänglich.¹¹¹ Beachtet man, wie viel im Lehrgebäude des Leninismus theoretisch von dieser Imperialismustheorie abhängt, so wird begreiflich, warum an dieser Theorie trotz ihres so geringen Erklärungswertes festgehalten wurde. Sie erklärte wenig Vorliegendes, aber sie rechtfertigte viel Politisches.¹¹² Wird wie im Leninismus, aber auch in Idealismus und Pragmatismus zwischen Theorie und Praxis ungenügend unterschieden, sind diese Aussagen gleichwertig – aber nur dann.

109 „Die Welt sei durch den Imperialismus zu einer Wirtschaftseinheit zusammengeschweißt, und so könne die Revolution auch in solche rückständigen Ländern wie Russland beginnen, die ‚isoliert‘ noch keineswegs reif für eine soziale Umwälzung seien“ (H. Weber 1970, 100; zum Dritte-Welt-Kommunismus u.a. McLellan 1979, Sklair 1991 und Neumann 2000).

110 Lenin glaubte noch im Oktober 1917, eine Inbesitznahme der „Kommandohöhen“ würde ausreichen („Die drohende Katastrophe“, LW 25, 337 f.). Der Kriegskommunismus von 1918 führte zu Verschärfungen („Abbau von Geldwirtschaft und Warenbeziehungen“, so Hardach 1975, 138), die im ABC des Kommunismus (Bucharin 1919) als „Sprung in den Sozialismus“ gewertet wurden. Bucharin 1920 versuchte sogar, den kriegsbedingten Rückgang der Produktion als notwendig darzustellen, um die bürgerlichen Strukturen zu zerstören, und stellte sich den zentralistischen Wiederaufbau recht einfach vor. Nach kurzer Unterbrechung durch die NÖP 1922 (Fn. 18) und der maßvollen Industrialisierung 1924–1928 (Bucharin wechselte das Lager und vertrat nun die gemäßigte NÖP-Linie) ging die Industrialisierung unter Stalin immer hemmungsloser vor (vgl. Preobrazenskij 1926). Dem Fünfjahresplänen versuchte Feldmann 1928 ein theoretisches Fundament zu legen (Hardach 1975, 131 ff.; zur Planungsdiskussion siehe Pollock 1929, O. Lange 1938, Lieber 1964 II, 263 ff.; Raupach 1968, Knirsch 1969, Kornai 1992, Merten 1999).

111 Cf. Wirth 1972, Becher 1976, Krause 1998, Wenzel 1998 und Wiards 2000.

112 Kuhn 1962, der ähnliche Phänomene in der Wissenschaftsgeschichte untersuchte, sagte wenig über die soziale Funktion, die theoretisch überkommene Paradigmen gleichwohl noch haben können. Die Hilfsannahmen, die an noch geltendende Paradigmen „angebaut“ werden, müssen nicht auf derselben theoretischen Ebene liegen, sondern können auch ungreifbarer, etwa erkenntnistheoretischer oder ontologischer Natur sein. In der Frage der sozialen Funktion von Wissensgehalten hat traditionelle Ideologiekritik und Wissenssoziologie weiter geblickt.

Bedenkt man, wie wichtig der Leninismus im Gesamtspektrum des Marxismus lange Zeit gewesen ist,¹¹³ so wundert es kaum, dass es von marxistischer Seite so wenig Zweifel an dem Dogma gab, die Epoche des Monopolkapitalismus, Imperialismus oder gar des Staatsmonopolkapitalismus sei angebrochen. Nachdem der Leninismus aber sein größtes „Argument“ – seine politische Macht – verloren hat, ist allerdings kaum zu verhehlen, dass dies wenig mehr war als ein behelfsmäßigen Versuch, eine „voluntaristische Auslegung des Marxismus“ nicht so sehr auf Marx zu gründen, sondern vielmehr *gegen Marx* theoretisch abzusichern.¹¹⁴ Der Name „Marxismus“ ist hier zum „empty signifier“ (Laclau) geworden, zu einem leeren Legitimationstitel für fast beliebig Auffüllbares.

Dieses Kapitel wollte zeigen, dass der Ansatz von Marx, der über eine politökonomische Analyse der bürgerlichen Gesellschaft philosophische und politische Ideologeme sachhaltig hinterfragte, gerade durch seine kommunistische Rezeption entökonomisiert und re-ideologisiert worden ist. Bevor wir daran gehen können, die Marx'schen Argumente wieder einer Anwendung auf die Kritik der neueren Sozialphilosophie zuzuführen, müssen erst die verschiedenen *Sedimentierungen* des Leninismus abgetragen werden, um nicht erneut mit ihnen ins Gehege zu kommen. Sie stecken in vielen Fällen in den Grundannahmen, auch dort, wo es auf den ersten Blick nicht zu erwarten ist: in zentralen soziologischen Paradigmen (2.4) ebenso wie in zahlreichen philosophischen „Marx-Widerlegungen“ (2.5) oder in der Kritischen Theorie (2.6, 3.1). Noch heute findet sich etwa in den technisch orientierten „Stadien“, die man dem Kapitalismus alle fünf Jahre neu unterstellt (Postfordismus, digitaler Kapitalismus, Wissens- oder Informationsgesellschaft etc.), eine tief sitzende Leninistische Erbschaft.

Die nächste Station auf diesem Weg ist die fachökonomische Theorie (2.3). Ihre Fragen wurden an einigen Stellen schon angerissen. In ihr gibt es nun eine spiegelverkehrte Entpolitisierung der Ökonomie zu konstatieren.

113 Noch die letzte Metamorphose des Marxismus vor seiner Auflösung, der „Regulationismus“, stand theoretisch in der leninistischen Linie des Primats der Politik auch in der Wirtschaft – eine Umkehr des Marx'schen Ansatzes (Aglietta 1979, Hübner 1989; in den USA wurde dieser Strömung „social structure of accumulation“, kurz SSA genannt, cf. Bowles 1987, in Deutschland „Fordismus“, cf. Hirsch 1986, Altvater 1991, Demirovic 1992). Der Übergang zu nicht-Marx'schen Theorien war daher so leicht, weil schon Lenin und Hilferding sich auf bürgerliche Theoreme gestützt hatten. Der Linkskeynesianismus, der sich mit Leninschen Assoziationen auffüllen ließ, hielt sich für besonders „radikal“ (Arestis 1994 und die Review of Radical Political Economics, entfernter Laclau 1985). Radikal daran war nur die Verabschiedung von Marx zugunsten „bürgerlicher“ Theoreme (2.3.3).

114 H. Weber 1970, 27, cf. 128. Die marxistische Westlinke hat durchaus versucht, sich von dem dominanten Einfluss des Leninismus freizumachen (etwa PKA 1972, Fleischer 1973, Rahbehl 1973, Dutschke 1974, Ebbinghaus 1974). Die nachträgliche Debatte über den Imperialismus in der *Jungle World* (Frühjahr 2002) fiel sehr unleninistisch aus. Weitere Imperialismustheorien (siehe Luxemburg 1913, Sternberg 1926) wurden bereits in 2.1.5 kritisiert.